

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 177 · 15. JAHRGANG · AUSGABE 10/2009 VOM 2. OKTOBER 2009 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Danke! Wir nehmen den Auftrag an**
Margitta Mächtig zum Wahlausgang

9 | **Talsole erreicht – Krise vorbei?**
Eine Analyse der Wirtschaftskrise

14 | **Problem erkannt, doch wenig geändert**
Fehlende Kitaplätze in Eberswalde

Stimmen für den Mindestlohn



Kurz vor der Bundestagswahl, zum deutschlandweiten Mindestlohnstag am 12. September, fand in vielen deutschen Städten ein Flashmob »Stimmen für den Mindestlohn« statt. Ein Flashmob ist eine scheinbar spontane, blitzartige Bildung eines Menschaufmarschs (Mob). Das Bündnis »Soziale Bewegung Land Brandenburg« nutzte diese kreative Aktionsform vor dem Einkaufszentrum von Kaufland in Finow, um in der Öffentlichkeit das Bild zu erzeugen: »Diese Wahl ist nicht egal!« und warb um Stimmabgabe für den Mindestlohn.

Am 12. September waren 22 Vertreter von Initiativen aus 9 Städten Brandenburgs zu ihrer turnusmäßigen Beratung zusammen gekommen, diesmal in Eberswalde in der Freien Oberschule Finow. Das Bündnis »Soziale Bewegung Land Brandenburg« ist ein Zusammenschluss der Organisatoren der Montagsdemos und anderer sozialer Bündnisse im Land Brandenburg mit dem Ziel der Beendigung der Politik des Sozialabbaus, Rücknahme der unsozialen »Reformen« (Hartz IV und Agenda 2010) und Beseitigung aller sozialen Mißstände. Montagsdemos finden noch in fünf Städten Brandenburgs regelmäßig statt.

Beratungsgegenstände am 12. September waren u.a. die Teilnahme am dezentralen Aktionstag »Wir zahlen nicht für Eure Krise« am 17. September und an der »Bundesweiten Montagsdemo« am 24. Oktober in Berlin, der Beitrag des Bündnisses zum »Europäischen Jahr gegen Armut und Ausgrenzung 2010« und die Beteiligung am »Sozialgipfel 2010« der Landesarmutskonferenz (LAK) Brandenburg.

Durch die Versammlung wurde das Sanktionsmoratorium des »Bündnisses für ein Sanktionsmoratorium« (www.sanktionsmoratorium.de) unterzeichnet, daß sich gegen die fragwürdige Sanktionspraxis gegenüber Erwerbslosen richtet, und fordert, den Sanktionsparagrafen (§ 31 SGB II) mit sofortiger Wirkung auszusetzen, bis faire Regelungen erarbeitet sind.

FRANK ESCHHOLZ,
Bündnis »Soziale Bewegung Land Brandenburg«

Schluß mit den Sanktionen bei Hartz IV

Das fordert der Berliner Andreas Niehaus in einer Petition zur Abschaffung des diskriminierenden Sanktionsparagrafen 31 SGB II. Die Bernauer Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann hat bereits ihren Namen auf die Unterstützerliste gesetzt, die insgesamt 50.000 Unterschriften braucht: Der Deutsche Bundestag möge beschließen, daß § 31 Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) ersatzlos gestrichen wird.

Ziel der Unterschriftensammlung ist es, die Petition mit möglichst vielen Unterschriften einzureichen, damit eine baldige öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag erreicht werden kann. Danach wird auch eine online-Unterstützung möglich sein.

Auch im Bernauer Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann, Berliner Straße 17, liegen Unterschriftenlisten aus. Bürgerinnen und Bürger, die sich mit ihrer Unterschrift der Petition anschließen möchten, haben dazu außer mittwochs täglich in der Zeit von 9 bis 17 Uhr die Möglichkeit. Weitere Informationen unter 03338-459543.

BÄRBEL MIERAU

Keine Experimente

Kurz vor den Wahlen gaben die Parteien an, sie wollten um jeden Wähler kämpfen. Hoffentlich führt der erbitterte Kampf nicht zu bleibenden Schäden beim Wahlvolk.

Eigentlich wären klare Ansagen zu den Vorhaben in der künftigen Amtsperiode viel wichtiger. Dann hätte man auch zwischen den Konzepten, Parteien und Kandidaten wählen können. Unter den vielen abgedroschenen Platttheiten an den Laternenmasten und Wahlreden lassen sich die Absichten nur schwer erkennen. Man wird den Eindruck nicht los, daß es an Zielen und Projekten mangelt und ein gewisser Eigenmutz im Vordergrund steht. Statt dessen wollen alle in die Mitte der Gesellschaft und scheuen sich vor Experimenten. Diese Wünsche sind verständlich, ist den Menschen doch eine gewisses Beharrungsvermögen eigen.

Es bleibt aber bei den Wünschen, realistisch sind sie nicht. Stellen Sie sich nur einmal vor, alle Leute würden eng gedrängt in der Mitte einer Balkenwaage, vielleicht sogar übereinander stehen. Dieses Gebilde würde beim geringsten Wind umfallen und die Leute würden sich verletzen und stünden sich dann im Weg.

Eine homogene Gesellschaft mit ähnlichen Ansichten ist überhaupt nicht mehr vorstellbar. Statt dessen entwickeln sich die individuellen Ansichten, Bedingungen und Lebenswege immer weiter auseinander. Das Konzept von der Mitte ist so gesehen ein frommer Wunsch, eine Luftnummer oder einfach nur Murks.

Da die Zukunft unbekannt bleibt, müssen wir immer tatkräftig gestalten, rechtzeitig entscheiden und aus den Fehlern lernen. In der Physik nennt man so etwas ein Experiment. Das weiß Frau Dr. rer. nat. Angela Merkel aus ihrer früheren Arbeit ganz genau. Leider fehlen ihr und der christlichen Partei ein Konzept für die Zukunft. Die Analyse von Fehlern findet gar nicht statt. Deshalb greifen sie in Adenauers Mottenkiste und unterdrücken die Diskussion über die Probleme dieser Gesellschaft unter dem Motto »nur keine Experimente«. Aber was will die Frau denn statt dessen machen?

Unter den gegebenen Umständen ist es sicher, daß im Bundestag sechs Parteien sitzen werden und Kooperation der Beteiligten das Gebot des Handelns wird. Leider wissen die Wähler nicht, welche Parteien koalieren und was die gewählten Abgeordneten dann für Abkommen schließen werden. Hoffentlich haben die wenigstens einen Plan im Schubfach und können sich einigermaßen durchwursteln, wenn sie vor einer Herausforderung stehen.

Wahrscheinlich wird die Unordnung und Verwirrung aber noch weiter zunehmen. Vollständige Unordnung und Verwirrung würden dann als Chaos zu bezeichnen sein.

Dr. MANFRED PFAFF

Kitas fehlen Fachkräfte

Eberswalde (bbp). Nicht nur die Kinderbetreuungsplätze werden in den städtischen Kitas knapp (siehe Seite 14), sondern auch die zur Betreuung der Kinder nötigen Fachkräfte. Im Frühjahr hatte die Stadtverwaltung vor dem Ausschuß Bildung, Jugend und Sport auf ihre Bemühungen hingewiesen, durch Verhandlungen mit der Agentur für Arbeit Modelle in Gang zu setzen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Damals wurde informiert, daß diese Modelle aus verschiedenen Gründen noch nicht angelaufen seien. Auf der September-Sitzung des Ausschusses hakte die CDU-Stadtverordnete Monique Schostan nach. Amtsleiterin Kerstin Ladewig teilte nun mit, daß am 9. September ein Gespräch mit der Agentur stattgefunden habe. Demnach soll im Februar 2010 ein Modell »Erzieher mit Gleich-

wertigkeitsabschluß« starten. Über die Agentur für Arbeit werde dann über ein Auswahlverfahren eine Gruppe von Personen bestimmt, die dann diese Ausbildung erhält. Die Übernahme eigener Verantwortung bei der Ausbildung von Kräften zur Kinderbetreuung steht in der Stadt Eberswalde nicht zur Diskussion.

Spielleitplanung

Eberswalde (bbp). An der Leitplanung für die Spielplätze in Eberswalde werden neben den drei städtischen Grundschulen auch die kreisangehörigen Schulen sowie die Schulen in freier Trägerschaft beteiligt. Darüber informierte Amtsleiterin Kerstin Ladewig auf Anfrage des Stadtverordneten Günter Schumacher (Fraktion »Die Fraktionslosen«) am 9. September den Ausschuß für Bildung, Jugend und Sport.

Wer ist der nächste?

Der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski wird immer wieder mal mit Vorwürfen konfrontiert, er vernachlässige die versprochene Aufklärung der dubiosen Machenschaften seines Amtsvorgängers, die gemeinhin unter der Bezeichnung »Spendenskandal« zusammengefaßt werden. Tatsächlich wiegeln der Bürgermeister und sein Verwaltungsdezernent bei entsprechenden Nachfragen regelmäßig ab. Von Transparenz keine Spur.

Möglicherweise ist diese Geheimnistuerei berechtigt. Schließlich liefen die Dinge, deren Aufklärung angemahnt wird, allesamt unter der Decke ab. So gab es schon vor fünf Jahren Gerüchte, wonach Baudezernent Dr. Gunther Prüger sich höchstpersönlich darum kümmere, daß bei der städtischen Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) alle Planungsaufträge an das Planungsbüro P+P, an dem Prügers Gattin beteiligt ist, gehen. Dabei sei meist nicht die beste Qualität geliefert worden. Lediglich die Fassade des »Hauses am Stein« sei gelungen, hieß es damals. Dies sei auch ein Hauptgrund gewesen, wurde gemunkelt, daß Rainer Wiegand einst als WHG-Chef bleiben mußte und die eigentlich vorgeschriebene Stellenausschreibung »vergessen« wurde. Doch solche Gerüchte, mögen sie auch der Wahrheit entsprechen, haben weder Hand noch Fuß und taugen schon gar nicht, beweiskräftig Disziplinarverfahren oder ähnliches in Gang zu setzen. Der Baudezernent hat in den vergangenen Jahren bereits mehrfach solche manchmal anonym vorgetragenen Vorstöße unbeschadet überstanden. Doch diesmal scheint er einen Fehler gemacht zu haben. Eine Rückkehr auf seinen Posten dürfte für ihn nach der erfolgten Machtdemonstration des Bürgermeisters unmöglich sein.

Das System Reinhard Schulz konnte nur funktionieren, weil es Mitarbeiter in der Stadtverwaltung gab, die zum Mittäter wurden,

ihren Chef womöglich gar antrieben. Andere sahen dem Treiben nur zu und wurden korrumpiert, indem einerseits dienstliche Abhängigkeiten mißbraucht wurden und sie vielleicht ab und zu mal einen Brosamen abbekamen. Solche oder ähnliche undurchsichtige Klientelverhältnisse – vor drei Jahren mit »Eberswalder Filz« betitelt – wirken zweifellos fort. Der verständliche Wunsch Betroffener, die Vergangenheit ruhen zu lassen, macht die geforderte Aufklärung überaus kompliziert, zumal zwischen Tätern und Mitläufern zu differenzieren ist.

Insofern können Bürgermeister Boginski einige Erfolge nicht abgesprochen werden.

Von der alten Führungsriege sitzt derzeit nur noch der 1. Beigeordnete Lutz Landmann relativ unbeschädigt auf seinem Dezernentenstuhl, wobei noch immer staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen ihn im Zusammenhang mit dem Stadtwerkeverkauf laufen. Andere Problemfälle sind inzwischen mittels verwaltungsinterner Versetzung gelöst worden. Mindestens ein weiterer Mitarbeiter neben dem Baudezernenten ist zudem schon seit längerem beurlaubt. Wobei der Bürgermeister einst in anderem Zusammenhang versicherte, wer von der Stadt Geld bekomme, müsse egal in welcher Form auch für die Stadt arbeiten. Bei weiteren betroffenen Mitarbeitern brachten und bringen Altersteilzeit und Ruhestand eine Lösung.

Boginskis Mühlen mahlen langsam – aber sie mahlen. Mit gewisser Skepsis dürften das, neben dem Beigeordneten, nunmehr vor allem die beiden Geschäftsführer der städtischen Gesellschaften WHG und TWE beobachten.

Verzicht auf Transparenz mag als Voraussetzung für eine erfolgreiche Aufklärung des »Spendenskandals« durchgehen. Doch birgt solch ein Vorgehen zugleich die Gefahr in sich, daß neue intransparente Strukturen wachsen – daß wieder nur ein Filz den anderen ersetzt.

GERD MARKMANN

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 18 05 / 22 10 40 973
eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

Schule für ein demokratisches Miteinander

Das erste Schuljahr hat begonnen. Zweieinhalb Jahre Vorbereitungszeit liegen hinter uns. Heute muß ich sagen: Es waren NUR zweieinhalb Jahre nötig, um diesem Traum Leben einzuhauchen. Manche Träume träumen wir ein Leben lang. Es war eine mutige Entscheidung einiger weniger Träumenden.

Am ersten Schultag kam ich in den Klassenraum und sah euch Schülerinnen und Schüler dort sitzen. Dieser erste Schultag gehört für mich zu den schönsten Momenten meines schon langen Lebens. Seid herzlich willkommen in unserer Schule.

Extra für heute habe ich meine alten Zeugnisse ausgegraben. Die 1 in Sport sieht man mir heute nicht mehr an. Aber meine Schulzeit hat in mir Grundlagen geschaffen, auf die ich in meinem Leben aufbauen konnte. Das soll uns in unserer Schule gelingen: Lebens-Grundlagen schaffen für Kinder und Jugendliche und echte Werte vermitteln.

Viele Menschen haben daran mitgewirkt. Dank an alle Helferinnen und Helfer, Betriebe, Unterstützerinnen und Unterstützer. Gemeinsam bauen wir an der Zukunft. So bedeutsam kann man das heute sagen.

Mein Zeugnis der 10. Klasse weist aus, daß ich in Ordnung nur eine 3 hatte. Die haben mich damals schon ganz gut eingeschätzt. Der eine kann das besser und der andere jenes. Albrecht Triller hatte die ganze Zeit den Überblick beim Bauen, Günter Schumacher über die Organisation einer Schule – und ich als Vereinsvorsitzender durfte alles unterschreiben. Es ist diese gegenseitige Ergänzung, die das Projekt hier möglich gemacht hat. Viele haben mitgewirkt. Jede und jeder ein Spezialist auf seinem Gebiet. Wie Zahnräder griff alle ineinander. Nicht zu vergessen ist, daß wir



in der Deutschen Kreditbank einen wichtigen und verlässlichen Partner gefunden haben. Wir beginnen heute offiziell auch mit einem Gästebuch. Bitte tragen Sie sich alle heute ein, als Gäste der Eröffnung. Das wird ein historisches Dokument für unsere Schule.

Auch wenn mancher das nicht gerne hört, möchte ich heute noch einmal daran erinnern, daß die Gründung dieser Schule eine Reaktion auf die undemokratische Schließung der Oberschule »Albert Einstein« war. Diese Erfahrungen gehören zu den Gründen, warum uns an unserer Schule das demokratische Miteinander aller so wichtig ist. Niemand ist hier mehr oder weniger, ob Schüler, Vorsitzender, Mutter oder Vater. Laßt uns aus der Vergangenheit lernen und neue Formen des Miteinanders ent-

wickeln. Das wird uns besonders machen.

Sie alle möchte ich einladen und aufrufen, das Miteinander zu gestalten und Mitglied in unserem Trägerverein zu werden. Mit dem heutigen Tag beginnt die alltägliche Arbeit einer Schule. Sie muß von vielen getragen werden.

HARTWIN SCHULZ, Vorsitzender des Vereins Freie Oberschule Finow e.V.

Freie Oberschule Finow e.V.
 Biesenthaler Straße 14/15
 16227 Eberswalde
www.freie-oberschule-finow.de
 Sparkasse Barnim, BLZ 17052000, Konto: 300 003 8689

»Hausbergtrasse wird Zukunftsmusik bleiben«

Die Stellungnahme des Landesumweltamtes zur Beschlusvorlage Töpferstraße, Bebauungsplan Nr.134/1 bringt es auf den Punkt. Sie bestätigt die Richtigkeit der Aussagen der Bürgerinitiative gegen den Eichwerderring (ER) und aller betroffenen Bürger dieser Stadt, die seit Jahren auf die weitaus höheren negativen Umweltbelastungen im gesamten Nebennetz der Innenstadt, auch der Altstadt, leider erfolglos aufmerksam machten. In der Stellungnahme heißt es u.a.:

Die ermittelten Belastungen sind als erhebliche Überschreitungen der Orientierungswerte der DIN 18005 anzusehen und erreichen ein Maß, ab dem Beeinträchtigungen der gesunden Lebensverhältnisse zumindest für die unmittelbar an der Bollwerkstraße (und demzufolge auch an der Marien- und Eichwerderstraße – R.L.) angrenzenden zulässigen Wohnnutzungen nicht mehr ausgeschlossen werden können. Die Verlagerung dieses Konfliktes in nachfol-

gende Genehmigungsverfahren unter Hinweis auf bauliche Maßnahmen wird dem Gebot einer Konfliktbewältigung in der Bauleitplanung nicht gerecht.

Aktive Schallschutzmaßnahmen haben vor passiven Schallschutzmaßnahmen Vorrang.

Die Stadtverwaltung sieht aber keine planerische Lösung vor und schiebt die Lösung der Probleme in die Planung Altstadtumfahrung, also in weite Ferne???

Das ist im Interesse der Betroffenen abzulehnen. Das ist deutliche Kritik an die unqualifizierte Planungsarbeit Stadtentwicklung der Stadtverwaltung und müßte Sie, werte Stadtverordnete, wachrütteln und aktiv werden lassen. Lassen Sie sich nicht vor diesen unausgereiften Karren der Stadtverwaltung spannen, denn diese versteckt sich hinter Ihren Beschlüssen. Das ist falsche Demokratie und macht deutlich, wie Sie als Legislative von der Exekutive instrumentalisiert werden.

Nehmen Sie Ihre Verantwortung gegenüber den Bürgern dieser Stadt ernst, hinterfragen, prüfen Sie Kosten und Nutzen dieses Projekts und stellen Sie den Verkehrsentwicklungsplan insgesamt erneut auf den Prüfstand, denn da sind noch andere Probleme erkennbar nach heutigem Kenntnisstand.

Die Hausbergtrasse ist Zukunftsmusik und wird es angesichts der prognostizierten Haushaltslöchern der Stadt und des Landes in den kommenden Jahren bleiben. Lassen Sie sich nicht einlullen, die Planung Hausbergtrasse dient nur allein der raschen Umsetzung des ER als Endlösung.

Damit erreichen wir jedoch keine wirkliche verkehrliche Innenstadtberuhigung. Setzen Sie auf ein ganzheitliches Verkehrskonzept, daß den Bundesstraßenverkehr vor allem den zunehmenden LKW-Verkehr aus der Innenstadt, den Anliegerstraßen weiträumig ausschließt.

ROSWITA LUDWIG 3

Wohnungspolitische Maßnahmen



Im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde setzen derzeit fleißige Bauarbeiter alles daran, um in Erfüllung ihrer wohnungspolitischen Aufgabe mit dem Abriß eines Wohnblocks in der Lehnitzseestraße bis zum Republikgeburtstag fertig zu sein. Der Eberswalder Verwaltungsdirektor Belay Gatzlaff hatte in der jüngsten Stadtverordnetenversammlung noch einmal eindringlich auf die Wichtigkeit der Wohnungsabrißmaßnahmen hingewiesen. Im Vergleich mit anderen Städten seien die Mieten in Eberswalde schon heute sehr niedrig. Da stellt sich die Frage: »Wie attraktiv sind wir für Investoren?« Niedrige Mieten sind schlecht für den Profit. Daher muß das Wohnungsabrißprogramm fortgesetzt werden.

Kain ist tot

vampire auf entziehungskur
wilde tiere proben die sanfte tour
und richter betteln um gnadenbrot
dichter hatten alle schreibverbot

kain
kain ist tot
kain
kain ist tot

henker haben nie etwas gemacht
denker haben nie was nachgedacht
und jeder hat den könig ausgebuht
täter taten was ein mensch so tut

sag nie
sag nie was solls
hinterher hat keiner was gewollt
laß nie
laß nie den traum
dich hat doch bisher nichts umgehaun
unterm apfelbaum

Text: Gerulf Pannach, Musik: Peter Gläser
veröffentlicht auf dem Album »Cäsar«
von Peter »Cäsar« Gläser, 1995

Zum 60. Jahrestag der Gründung der DDR

Nachdem sich die drei Westalliierten am 23.05.1949 zur Bildung der Bundesrepublik Deutschland entschlossen hatten, erfolgte auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone eine andere gesellschaftliche Entwicklung. Am 7.10.1949 wurden nach dem wohl schrecklichsten und menschenverachtendsten Eroberungskrieg die Bedingungen für einen ersten friedliebenden, sozialistischen, deutschen Staat geschaffen. Im Laufe der Entwicklung entstand mit der DDR der erste deutsche Staat, der seinen Bürgern eine von Ausbeutung freie Existenz sicherte. Mit dem Recht auf Arbeit, umfassende medizinische Versorgung, Vorschulziehung und kostenlose Bildung für alle, sowie ein Netz von sozialen Leistungen garantierte er jedem Menschen, der sich in diese Gesellschaft einbringen wollte, eine Zukunft. Wirtschaftliche Ausgrenzung und fortwährende Destabilisierung führten letztendlich dazu, daß, verstärkt durch Konsumdenken und Drang nach sog. Reisefreiheit, der wirtschaftliche Zusammenbruch und Anschluß an die Bundesrepublik Deutschland unter Aufgabe der eigenen Identität nicht mehr zu verhindern waren.

Die erwartete persönliche und bürgerliche Freiheit zur Erreichung und Wahrung von Sicherheit und Demokratie haben ihren Preis gefordert. Zukunftsangst, Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Perspektivlosigkeit haben sich als neue Lebensumstände und Begleiter sehr schnell eingestellt und soziale Gerechtigkeit ist nur noch eine Phrase. Fortschreitende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, Kasinokapitalismus und Marktradikalismus bestimmen das gesellschaftliche Leben und unseren Alltag. Der Anschein des sozialen Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer dient

nur der Sicherung nachhaltiger Profitinteressen. Wie gelebte Demokratie aussieht, können diejenigen, die als Leiharbeiter für sich und ihre Familien den Lebensunterhalt bestreiten müssen tagtäglich erleben.

In welcher tiefer Krise sich der bürgerliche Parlamentarismus befindet, zeigt auch das Ergebnis der Bundestagswahl. Mit einer Verweigerung von ca. 30 % der Bevölkerung an der Ausübung des Wahlrechts, fühlt sich diese neu zu bildende Regierung aus CDU/CSU und FDP als vom Volk gewählt. Mit markigen Versprechen vor der Wahl wird um die Gunst der Wähler geworben, um nach der Wahl den Abbau von Demokratie und Sozialabbau mit Umverteilung zugunsten der Reichen fortzusetzen.

Alle Bürgerinnen und Bürger sollten deshalb die Umsetzung der abgegebenen Wahlversprechen kritisch prüfen und durch ein aktives politisches Engagement dazu beitragen, daß über die in der Opposition befindlichen Parteien, der notwendige gesellschaftliche Druck aufgebaut wird, um der tieferen Spaltung unserer Gesellschaft entgegen zu wirken.

Die erreichten Ergebnisse der SPD in Brandenburg mit ca. 32,8 % ermöglichen die Schaffung einer stabilen Regierungsmehrheit in einer Koalition mit der CDU (19,8 %) oder mit der Linken (27,2%). Es wird sich zeigen, ob die SPD den bisherigen Weg fortsetzt oder bereit ist ihre Rolle als Volkspartei ernst zu nehmen, um den »linken Flügel« in unserem Land zu stärken.

Skepsis ist angesagt, ob es zu einem Umdenken in der Regierung zugunsten der großen Mehrheit des Volkes im Land Brandenburg kommt.

DKP-Gruppe Britz/Oberbarnim i. G.

Gesprächskreise »Demokratischer Wandel«

Ab Oktober wird sich die Bürgerstiftung Barnim Uckermark in Zusammenarbeit mit dem Eberswalder Museum in der Adler-Apotheke in drei Gesprächskreisen dem demokratischen Wandel in den Jahren 1989/1990 widmen. Damit knüpfen die Veranstalter an eine Eberswalde Tradition aus der Nachwendzeit an. Bis zum Jahr 1994 trafen sich in über 50

Veranstaltungen interessierte Bürgerinnen und Bürger im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit« und diskutierten zu politischen Themen.

Die ersten Gäste der neuen Gesprächskreise sind Siegbert Schefke (14. Oktober), Bärbel Bohley (28. Oktober) und Susanne Schädlich (9. Dezember).

Siegbert Schefke, geboren 1959 in Eberswalde, ist Journalist. Bekannt wurde er durch heimlich gemachte Filmaufnahmen von den Montagsdemonstrationen in Leipzig, die er den Medien im Westen zuspielte.

Nach Lehre und Grundwehrdienst studierte er an der Hochschule für Bauwesen Cottbus. 1985 wurde er in Berlin Bauleiter für Neubausanierung. Im Jahr darauf begann er sich in Friedens- und Umweltkreisen zu engagieren; er war einer der Mitbegründer der Umwelt-Bibliothek in der Berliner Zionskirche. Ab 1987 arbeitete er illegal als freiberuflicher Fotograf, Kameramann und Reporter für verschiedene westdeutsche Fernsehmagazine und Zeitungen. Offiziell galt er als arbeitslos. Er dokumentierte Umweltzerstörung

und den Verfall historischer Städte in der DDR. Gemeinsam mit Aram Radomski filmte er, als offizielle Westjournalisten bereits keinen Zugang mehr nach Leipzig erhielten, heimlich während der Montagsdemonstrationen am 9. Oktober 1989 vom Turm der Reformierten Kirche. Die Kamera hatte er vom ausgebürgerten Roland Jahn erhalten. Die Bilder gab er einem Korrespondenten des Spiegel; am nächsten Tag sendete die Tagesschau die spektakulären Aufnahmen. Um Schefke zu schützen, gab die ARD an, die Bilder stammten »von einem italienischen Kamerteam«. Seit 1992 ist Schefke Fernsehredakteur beim mdr. 2005 erhielt er das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

(Quelle: Wikipedia)

Danke! Wir nehmen den Auftrag an

von Margitta Mächtig

Wir haben gekämpft und wir haben gewonnen. Ja es ist ein gutes Gefühl. Und ich möchte mich zu aller erst bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Stimme der LINKEN gegeben haben herzlich für die Wertschätzung unserer Arbeit und das erneute Vertrauen bedanken. Bedanken möchte ich mich aber auch bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die zur Wahl gingen und damit gezeigt haben, sie wollen eine lebendige Demokratie und sie wollen mitbestimmen. Gemeinsam haben wir es geschafft, daß der rechte Rand den Landtag nicht mehr betritt. Und es wird an uns allen liegen, ob wir unter Beweis stellen, daß es dieses Randes in einer ja durchaus veränderungsbedürftigen, kritischen und streitbaren Gesellschaft nicht bedarf.

Wer sich die politische Karte des Barnims anschaut sieht, der Barnim ist rot im Bund und im Land, und auch in der Kommunalpolitik sind wir nicht zu überhören.

Für mich bedeutet das: DIE LINKE hat einen Auftrag erhalten. Dieses, unser Land

Brandenburg muß sozialer werden! Dies ist die Verpflichtung, die wir eingehen. Eine Verpflichtung uns zu kümmern. Zu kümmern darum, daß die Lasten der Krise nicht den Schwächsten der Gesellschaft übergeholfen werden. Darum zu kümmern, daß endlich gesichert wird, daß alle Kinder eine Chance auf gute Betreuung, Bildung und Ausbildung haben, unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern.

Dies gilt auch besonders für den Barnim. Und mit Blick auf die Direktmandate für den Bundestag, uns auch zu kümmern, daß es einen geordneten Rückzug aus Afghanistan geben wird und die unsägliche Entmündigungspraxis gegenüber Arbeitslosen in dieser Gesellschaft beendet wird. Dafür bedarf es dringender gesetzlicher Änderungen und zwar schnell.

Ich sehe uns auch in der Verantwortung, den Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor als Alternative zur Hartz-IV-Alimentierung weiter auszubauen. Aber wir leben nicht im luftleeren Raum. DIE LINKE wird dies allein nicht bewältigen können und deshalb liegt es

an der zweiten politischen Kraft in Brandenburg links von der Mitte, der SPD, ob wir den übernommenen Auftrag erfüllen können.

Die SPD steht aus meiner Sicht vor einer auch für ihre eigene Entwicklung richtungsweisenden Entscheidung. Entweder ignoriert sie, wie bereits 2004 den Wählerwillen und kooptiert mit dem kleineren aber für sie sicherlich einfacheren Partner, oder aber sie stellt sich ihre historische und aktuellen Aufgabe, diese Land tatsächlich sozialer und demokratischer zu gestalten. Dann hat sie in der LINKEN sicher einen Partner, der diesen Weg mitgeht.

Für mich bedeutet dies im übrigen auch, mehr direkte Bürgerbeteiligung im Land Brandenburg mit erreichbaren Quoren einzuführen. Ein »WEITER SO« kann und wird es nicht geben. Abschließend lade ich Sie ein, lassen Sie mich, lassen Sie uns wissen, was sie von der LINKEN im Barnim und im Land erwarten. Schreiben Sie uns: Bürgerzentrum DIE LINKE, Breite Straße 46, 16255 Eberswalde oder maechtig@dielinke-barnim.de.

Rosa - Rot - Grün im Jahr 2013 Abwrackprämie

Die Haltung der LINKEN zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr im allgemeinen und zum Krieg in Afghanistan im besonderen, begründete bislang in offiziellen SPD-Verlautbarungen deren Ablehnung einer Zusammenarbeit mit den LINKEN auf Bundesebene.

Die LINKEN würden mit ihrer Ablehnung des Afghanistankriegs ihre fehlende »Regierungsfähigkeit« beweisen, hieß es immer wieder. Vierzehn Tage vor der Bundestagswahl kam der Schwenk. SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier legte eine 10-Punkte-Plan vor, nach dem »jetzt die Weichen« für einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan gestellt werden müßten. Bis 2013 sollten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Die LINKEN dürften Steinmeiers Schwenk mit der gebührenden Aufmerksamkeit registriert haben. Nun ist es die SPD, die sich auf diese Weise auf Bundesebene »regierungsfähig« macht und Hürden für eine Zusammenarbeit mit der LINKEN über Bord wirft. Die prompte Ankündigung Steinmeiers am Abend der Bundestagswahl, er werde die Funktion des »Oppositionsführers« übernehmen, kann ebenfalls als Angebot zur Zusammenarbeit mit der LINKEN interpretiert werden.

In Brandenburg wurde dies vom ehemaligen Bildungsminister Steffen Reiche aufgegriffen, der eine Zusammenarbeit zwischen SPD und LINKE auf Bundesebene einforderte. Auch die Forderungen aus der Berliner SPD, die Agenda 2010 ad acta zu legen, gehen in diese Richtung.

Der bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Christan Ströbele, der sein Direktmandat in

Kreuzberg-Friedrichshain sicher verteidigen konnte, ging noch einen Schritt weiter. Er sagte am Morgen nach der Wahl auf Radio 1: »Wir haben die große Aufgabe, jetzt die linke Seite zusammenzusammeln und bis zur nächsten Bundestagswahl die linke Mehrheit wieder herzustellen, die wir ja bis gestern Abend hatten im Deutschen Bundestag. Und was die Wählerinnen und Wähler überhaupt nicht verstanden haben, wie man aus einer linken Wahlmehrheit nicht auch eine Regierung machen kann. Und das müssen wir ihnen zeigen, daß das wieder möglich ist.«

GERD MARKMANN



Statistische Details der Bundestagswahl:

Für wen stimmten die Erwerbslosen:
DIE LINKE – 26 %, SPD – 22 %, CDU – 21 %, FDP – 10 %, B90/Grüne – 9 %, Sonstige – 12 %.
Damit haben 62 % der WählerInnen die sog. »Hartz IV Parteien« mandatiert.

Für wen stimmten die ErstwählerInnen?
CDU – 25 %, SPD – 18 %, B90/Grüne – 16 %, FDP – 14 %, DIE LINKE – 12 %, Sonstige – 15 %.

Die SPD hat Stimmen verloren an:
NichtwählerInnen: 1.860.000, LINKE: 1.220.000, CDU/CSU: 890.000, B90/Grüne: 890.000.

Halle (mm). Wie schon zuvor das Sozialgericht Magdeburg hat nun auch das Landessozialgericht Sachsen-Anhalt entschieden, daß die Abwrackprämie nicht als Einkommen auf die Leistungen nach dem SGB II angerechnet werden darf. Es sei eine zweckbestimmte Einnahme, mit der die Bundesregierung den Absatz von Neuwagen fördern wollte. Würde die Prämie angerechnet werden, hätten die Leistungsbezieher nicht zum Kauf eines Neuwagens motiviert werden können. Auch stehe die Prämie nicht für den Unterhalt zur freien Verfügung, da sie wirtschaftlich betrachtet in die Bezahlung des Neuwagens einfließe. Das neue Auto sei nicht als Vermögen zu verwerten gewesen, da es den vermögensgeschützten Wert von 7.500 Euro nicht erreiche.

(Landesoberverwaltungsgericht Sachsen-Anhalt, Beschluß vom 22. September 2009, L2 AS 315/09 B ER, rechtskräftig.)

Hintergrund: § 11 SGB II Zu berücksichtigendes Einkommen: (1) Als Einkommen zu berücksichtigen sind Einnahmen in Geld oder Geldeswert ... (3) Nicht als Einkommen sind zu berücksichtigen, Einnahmen, soweit sie als zweckbestimmte Einnahmen...einem anderen Zweck als die Leistungen nach diesem Buch dienen und die Lage des Empfängers nicht so günstig beeinflussen, daß daneben Leistungen nach diesem Buch nicht gerechtfertigt wären...

http://die-inke.de/fileadmin/download/kommunalantragsdatenbank/Download_-_Kommune/LSG_L_2_AS_315-09_B_ER.pdf
<http://www.kostenlose-urteile.de/Abwrackprae-mie-gilt-auch-fuer-Hartz-IV-Empfaenger.news8052.htm>

Beteiligungsbericht wurde vorgestellt

Eberswalde (bbp). Diesmal fristgerecht, wurde auf der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 24. September u.a. der Beteiligungsbericht 2008/2009 der Stadt Eberswalde vorgestellt. Der Stadt gehören mit den Technischen Werken (TWE) und der Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH (WHG) zwei hundertprozentige Eigengesellschaften. Mit der Wirtschaftsfördergesellschaft Eberswalde mbH (WFGE), an der die TWE mit 90,6 % beteiligt sind und die WHG-Töchter SSGE Solarstrom Eberswalde GmbH (90 %) und MD Marketing- und Dienstleistungs GmbH (52,4 %) sind drei weitere Gesellschaften mehrheitlich im mehrheitlich städtischen Eigentum. Weitere Beteiligungen hat die Stadt an der GLG Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH (3,8 %), einer Holding mit 8 Untergesellschaften, darunter das Werner-Forbmann-Krankenhaus, an der WITO Wirtschafts- und Tourismusentwicklungsgesellschaft mbH des Landkreises Barnim (3 %) sowie an der treuhänderisch vom Bund verwalteten Brandenburgisch-Mecklenburgischen Elektrizitätswerke AG (0,85 %).

Die Informationsvorlage wurde weitgehend unkommentiert von den Stadtverordneten entgegengenommen. Lediglich Albrecht Triller von der Fraktion der Fraktionslosen meldete sich mit Anmerkungen und Fragen zu Wort. »Der Beteiligungsbericht ist nur eine Zusammenstellung ausgewählter Zahlen und Fakten aus den Jahresabschlussberichten der städtischen Gesellschaften«, stellte er fest. »Warum gibt es keine Wertung aus Sicht der Stadt (Beteiligungsmanagement) mit Schlussfolgerungen für die Stadt und gegebenenfalls für die StVV?«

Nach der neuen Kommunalverfassung fungiert nur noch der Bürgermeister als Gesellschafter. Damit entfiel die bisherige Eberswalder Verfahrensweise, nach welcher der

städtische Hauptausschuß zugleich die Funktion der Gesellschafterversammlung wahrnahm. Zugleich reduzierte sich so der involvierte und informierte Personenkreis. »Wie wird künftig«, fragte Albrecht Triller, »die Information aller Abgeordneten über alle wichtigen Fragen der Unternehmensentwicklung gewährleistet?«

Wie der Stadtverordnete feststellte, sind die Geschäftsberichte der Gesellschaften »deutlich umfassender als die jeweiligen Angaben im Beteiligungsbericht, die von den Geschäftsführern unterzeichnet sind. Ist es den Geschäftsführern überlassen, was aus den Geschäftsberichten in den Beteiligungsbericht übernommen wird? Obwohl die Frage nach den Spartenergebnissen der TWE schon im Vorfeld des Beteiligungsberichtes gestellt wurde, wurden diese nicht in den Beteiligungsbericht aufgenommen. Es entsteht der Eindruck, daß man diese betont nicht veröffentlichen will. Wie sehen die Spartenergebnisse aus?« Dem Bericht zu den TWE sei desweiteren zu entnehmen, daß die TWE einerseits hohe Kredite in Anspruch nehmen, andererseits aber auch hohe Geldanlagen haben. »Was«, fragt Albrecht Triller, »rechtfertigt eine solche Finanzierungspraxis?« Eine weitere Frage widmete sich der WFGE, die »keinerlei Beschäftigte« habe. »Was rechtfertigt die Fortexistenz der WFGE als eigenständige Firma, wenn auch die Mutterfirma TWE die gleichen Geschäftszwecke betreibt?«

Im weiteren bezieht sich Triller auf das Schreiben des Landkreises vom 13.08.09 zur Weiterführung der Haushaltskonsolidierung der Stadt Eberswalde. Darin ist die Erwartung enthalten, daß auch die ausgelagerten Organisationseinheiten (Eigenbetriebe, GmbH's) deutlich stärker als bisher in die notwendige Konsolidierung einbezogen werden müssen. »Ist dies auch die Auffassung der Stadtverwaltung und gibt es dazu schon konkrete Vorstellungen?«

Verwaltungsdezernent Belay Gatzlaff versuchte, sofort mündlich eine Antwort zu geben. Dabei stellte er sich auf den Standpunkt, daß Eberswalde im Vergleich zu anderen Städten einen »sehr ausführlichen« Beteiligungsbericht vorlege, der weit über die gesetzlichen Mindestforderungen hinausreiche. Damit hat er durchaus recht. Aber offenbar fehlt ihm die Kenntnis über den bereits vor seiner Zeit erfolgten StVV-Beschluß, in dem die Veröffentlichungspraxis der Beteiligungsberichte klar geregelt wird. Im März 2007 hatte die StVV auf Vorschlag der Fraktion der Linken u.a. beschlossen, daß die Geschäftsberichte der Unternehmen, die in unmittelbarem und teilweise auch die in mittelbarem Besitz der Stadt sind, dem Beteiligungsbericht als Anlage beizufügen sind. Auch die Veröffentlichung des Beteiligungsberichts auf den Internetseiten der Stadt war damals beschlossen worden.

Ausführlicher ging der Verwaltungsdezernent auf Trillers Frage zur WFGE ein. Von dem Umstand abgesehen, daß es mit der Gemeinde Schorfheide eine Minderheitsbeteiligte (9,4 %) gibt, ist es nach der Argumentation von Belay Gatzlaff vor allem der Besitz an Grundstücken, der bei einer Übernahme der WFGE durch die TWE wegen der dabei anfallenden Grunderwerbssteuern wirtschaftlich nachteilig wäre. Allerdings kann sich der wirtschaftliche Nachteil für die Gesellschaft für die Stadt durchaus als Vorteil darstellen, da es sich bei der Grunderwerbssteuer um eine Kommunalsteuer handelt. Insoweit wäre hier wohl ein genauer Blick mit dem Taschenrechner in der Hand nötig, um Vor- und Nachteile abzuwägen.

In jedem Falle nachteilig dürfte ein veraltungsseitiger Verzicht auf die kritische Mitarbeit von Stadtverordneten und interessierten Bürgerinnen und Bürger sein.

Schaumgebremste Informationsstrategie

In der StVV am 24. September informierte die Stadtverwaltung im nichtöffentlichen Teil der Sitzung über die Suspendierung des Baudezernenten Dr. Prüger. Die Information im nichtöffentlichen Teil erschien gerechtfertigt, weil dem Betroffenen bis Montag (28.9.) Gelegenheit für eine Stellungnahme gegeben werden sollte. Unbeschadet dessen erfuhren die Leser der MOZ bereits am Sonnabend (26.9.), daß Dr. Prüger beurlaubt ist. Die Zeitung konnte sich dabei auf eine entsprechende Pressemitteilung der Stadt vom 25.9. berufen.

Da müssen sich die Abgeordneten fragen, warum sie in nichtöffentlicher Sitzung informiert wurden, wenn am nächsten Morgen eine Presseerklärung dazu abgegeben wird?

Im nichtöffentlichen Teil wurde auch die Antwort auf meine Abgeordnetenfrage zum Stand des Gerichtsverfahrens gegen Exbürgermeister Reinhard Schulz im Zusammenhang

mit dem Spendenskandal gegeben. Ich hatte u.a. gefragt: Liegen Ihnen Kenntnisse darüber vor, wie der Stand des Verfahrens gegen Exbürgermeister Schulz derzeit ist?

Der Beigeordnete Gatzlaff informierte, daß Reinhard Schulz im November 2007 zu einer Freiheitsstrafe auf Bewährung (inzwischen rechtskräftig) verurteilt wurde. Ein Teil des Verfahrens sei jedoch noch nicht abgeschlossen. Meine Frage, warum diese Information im nichtöffentlichen Teil gegeben wurde, erklärte Herr Gatzlaff mit Persönlichkeitsrechten von Herrn Schulz. Aber es geht hier nicht um Privatangelegenheiten des Herrn Schulz, sondern um seine Pflichterfüllung als Bürgermeister der Stadt Eberswalde. Außerdem wurden die Bürger von den Medien schon im Jahre 2007 über das genannte Urteil informiert (z.B. MOZ vom 7.11.2007). Dieses Urteil betraf allerdings nicht das Gerichtsverfahren, nach dem ich an-

gefragt hatte. Dazu konnte der Dezernent keine Auskunft geben.

In der gleichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung lag den Abgeordneten als Informationsvorlage der Beteiligungsbericht vor. Diese Vorlage informierte über die wirtschaftlichen Ergebnisse der Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist. Mein Vorschlag zur Verbesserung der Aussagen dieses Materials wurde damit beantwortet, daß der Bürger nach dem Gesetz nur Anspruch darauf habe zu wissen, an welchen Unternehmen die Stadt wie hoch beteiligt ist. Alle weitergehenden Informationen des Beteiligungsberichtes gingen über diese Mindestforderung hinaus.

Von der Verwaltungsspitze wird permanent getönt, daß Transparenz und Bürgernähe entscheidende Handlungsgrundsätze sind. Im Detail sieht es jedoch häufig anders aus.

ALBRECHT TRILLER

Zur Rolle der Sachkundigen Einwohner

Bürgernähe wird nur zelebriert

von Dr. Andreas Steiner

Fraktionen der kommunalen Parlamente be-rufen Sachkundige Einwohner, welche den Abgeordneten als Fachleute beratend zur Seite stehen, in die jeweiligen Fachausschüsse. Die Abfragung eines Meinungsbildes bei den Sachkundigen Einwohnern wird in der Stadtverordnetenversammlung Bernau seit nunmehr zehn Jahren praktiziert und gilt bei allen beteiligten Akteuren als Erfolgsmodell. Als bündnisgrüne Fraktion in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung möchten wir die Arbeit der Sachkundigen Einwohner stärker würdigen und ihre Mitwirkungsmöglichkeiten erweitern. Auf unsere Initiative hin beschlossen die beiden Eberswalder Ausschüsse für Finanzen und für Soziales mehrheitlich, daß die Sachkundigen vor der eigentlichen Abstimmung der Abgeordneten zu Beschlußvorlagen ihr Meinungsbild in Form eines Votums abgeben. Nach meinem Verständnis hilfreich für die Entscheidungsfindung der Ausschußmitglieder und eine Bereicherung für die gelebte kommunale Demokratie.

Doch einigen Herrschaften aus Verwaltungen und kommunaler Politik war dies von Anfang an ein Dorn im Auge. Wenngleich andere Argumente vorgeschoben werden, so ist doch eines offensichtlich: Die Befürchtung, daß die Sachkundigen Einwohner mit ihrem Meinungsvotum einen zu großen Einfluß auf die Abgeordneten ausüben. Denn im »schlimmsten Falle« könnte es ja passieren, daß die Sachkundigen zu einem anderen Urteil gelangen, als die Ausschußmitglieder.

Da wird in Sonntagsreden Bürgernähe zelebriert, aber tatsächlich wird Bürgerferne praktiziert. Bereits vor der Sommerpause wollte die FDP/BFB-Fraktion die Befragung des Meinungsbildes im Bildungsausschuß kippen. Dieser Versuch scheiterte. Der zweite Vorstoß ging dann von der Unteren Kommunalaufsichtsbehörde des Landkreises Barnim, respektive Dezernent Dr. Mocek, aus. Er fragte bei der Oberen Kommunalaufsicht nach, ob das Einräumen eines »Stimmrechtes« (wie er es fälschlicherweise formulierte) für Sachkundige Einwohner überhaupt mit der Kommunalverfassung vereinbar sei. Die Obere Kommunalaufsicht antwortete daraufhin mit einem Schreiben, in dem sie die Einräumung eines solchen »Stimmrechtes« als rechtswidrig wertete. Denn vor der eigentlichen Abstimmung sei eine »Vorabstimmung« zu vermeiden.

Richtig ist, daß Sachkundige Einwohner kein Stimmrecht haben, ihnen nach § 43 Kommunalverfassung als »beratende Mitglieder« der Ausschüsse ein »aktives Teilnahmerecht« eingeräumt wird. Dieses »aktive Teilnahmerecht« wird in § 30 (3) definiert und beschreibt das Recht, »das Wort zu ergreifen, Vorschläge einzubringen, Fragen und Anträge zu stellen und sie zu begrün-

den«. Hierbei wird an keiner Stelle ausgeschlossen, daß die Sachkundigen ihre Funktion als »beratende Mitglieder« auch in der Form ausüben, indem sie ihre Meinung zu einem Beratungsgegenstand per Handzeichen kundtun, statt sich per Wort zu äußern. Ohnehin handelt es sich bei der Abgabe eines Meinungsbildes der Sachkundigen Einwohner mittels Handzeichen nicht um die Abgabe der (beschließenden) Stimme im Sinne von § 30 (3) der Kommunalverfassung, sondern um eine Form der Wahrnehmung des aktiven Teilnahmerechts, das ihnen gemäß § 43 (4) der Kommunalverfassung zugestanden wird. Wenn sich Abgeordnete infolge von Meinungsäußerungen in Form von Handzeichen in ihrer freien Entscheidung eingeschränkt sehen sollten, so dürfte dies doch noch vielmehr gelten, wenn die Sachkundigen ihrer Meinung mit Worten Ausdruck verleihen. Mit solch einer Begründung könnte jede Wortmeldung – also jede aktive Teilnahme – der Sachkundigen abgelehnt werden.

Deshalb halte ich eine derartige Einmischung der Oberen Kommunalaufsicht für nicht zulässig. Es sollte den jeweiligen Ausschüssen selbst überlassen sein, wie sie ihre interne Arbeit ausgestalten.

Auf Grundlage des Schreibens der Oberen Kommunalaufsicht haben die Vorsitzenden des Eberswalder Finanz- und des Sozialausschusses leider jedoch mit vorauseilendem Gehorsam gehandelt und die Abgabe des Meinungsbildes in diesem Monat wieder abgeschafft. Die Aufhebung einer vom Ausschuß mehrheitlich beschlossenen Verfahrensweise durch die Ausschußvorsitzenden halte ich ebenfalls für sehr bedenklich.

Da uns Bürgerfreundlichkeit und Transparenz am Herzen liegen, lassen wir uns den bürgerfeindlichen Vorstoß verkrusteter alter Machtstrukturen nicht gefallen. Wir werden das Schreiben der Oberen Kommunalaufsicht auf Rechtsverbindlichkeit als auch den gesamten Sachverhalt juristisch prüfen. Ziel ist, die Möglichkeit zu eröffnen, daß Sachkundigen Einwohner zukünftig in den Brandenburger Kommunalparlamenten auf unbürokratische Weise per Handzeichen ihre Meinung kundtun dürfen.

Dr. ANDREAS STEINER,

Stellv. Vorsitzender der Eberswalder Stadtfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Guten Morgen Eberswalde CXVII

Sa, 3. Oktober 2009, 10.30 Uhr
Glaszwischenbau des Kreishauses, Am Markt
Musette Brachiale (Musette-Musik)
Jan Hermerschmidt (Klarinetten)
Volker Schindel (Akkordeon)
www.musette-brachiale.de
www.mescal.de

Anfragen sind lästig

Bürgermeister Boginski reagiert mit Eklat

Eberswalde (bbp). Abgeordnetenfragen können lästig sein – für die Verwaltung. Einerseits verursachen Fragen zuweilen aus Verwaltungssicht unnötige Arbeit, andererseits werden manchmal auch Dinge erfragt, durch die Defizite im Verwaltungshandeln an die Öffentlichkeit kommen. Beides kann Unmut schaffen.

In dieser Wahlperiode gehört Carsten Zinn, Stadtverordneter der Linken und Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels, zu den aktivsten Fragestellern. Da er zudem in den Gremien ein forsches Auftreten an den Tag legt, konzentriert sich der verwaltungsinterne Anfragefrust auf seine Person.

Zur ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nach der Sommerpause am 24. September hatte Carsten Zinn zweieinhalb Wochen vor der Sitzung sechs schriftliche Anfragen mit Bezug auf das Brandenburgische Viertel eingereicht. Alle sechs Fragen fielen in den Verantwortungsbereich des 1. Beigeordneten und Dezernenten Lutz Landmann. Der erklärte zunächst sichtlich genervt, daß in seinem Dezernat zur Zeit zwei Drittel des Personalbestandes durch Krankheit und Urlaub ausgefallen sind. Dementsprechend fielen seine mündlichen Antworten sehr knapp aus. Und nach der vierten Antwort brach der Dezernent ab. Die verbleibenden Fragen würde er auf der nächsten StVV-Sitzung, die in vier Wochen stattfindet, beantworten.

Als der Fragesteller daraufhin anregte, die Ursachen des hohen Krankenstands in Landmanns Dezernatsbereich zu erforschen und auf seine in den Anfragen dokumentierte Bitte nach schriftlicher Antwort hinwies, warf Bürgermeister Friedhelm Boginski die üblichen Regeln des Anstands über Bord und herrschte den Stadtverordneten an, der Krankenstand sei auch durch den hohen Arbeitsanfall infolge der Anfragen bedingt. Zudem verweigerte er in lautem Ton die Ausfertigung schriftlicher Antworten. Laut Hauptsatzung sei eine mündliche Antwort ausreichend, mehr werde es nicht geben. Basta! Wenn der Stadtverordnete und Ortsvorsteher die Antworten unbeding nachlesen wolle, könne er ja auf die Sitzungsniederschriften warten.

Daß sich der von Bürgermeister Boginski praktizierte skandalöse Umgang mit Abgeordnetenfragen nicht auf jene von Carsten Zinn beschränkt, zeigt indes die Antwort auf eine Anfrage der Fraktion der LINKEN vom März des Jahres. Darin ging es darum, welche Aufgaben im Bereich Umwelt und Natur seitens der Stadtverwaltung wahrgenommen werden. Sage und schreibe sechs Monate benötigte die Stadtverwaltung, um eine Antwort zu formulieren – wiederum vom Ersten Beigeordneten nur mündlich und sehr »kompakt« vorgetragen.

Mit solcher Verfahrensweise werdem nicht nur vermeidbare Nachfragen provozieren, sondern auch potentielle Unterstützer verprellt.

Soziale Bewegung Land Brandenburg unterstützt Aufruf:

Sanktionen gegen Hartz IV-Bezieher aussetzen

Jeden Monat wird in diesem Land zigtausenden Erwerbslosen mit Sanktionen das Existenzminimum gekürzt oder sogar gestrichen, weil sie Forderungen der JobCenter nicht erfüllt haben oder weil ihnen dies unterstellt wird. Im Jahr 2008 wurden über 780.000 derartige Sanktionen verhängt. Ist schon der rigide Hartz-IV-Sanktionsparagraf mehr als problematisch, so führt die katastrophale Personalsituation in den JobCentern zu einer Praxis, die für die Betroffenen unzumutbar ist. Von den 2008 eingelegten Widersprüchen gegen Sanktionen waren 41 % ganz oder teilweise erfolgreich, von den eingereichten Klagen 65 %. Die Auswirkungen von Sanktionen werden dadurch verschärft, daß Widersprüche keine aufschiebende Wirkung haben, d.h. die Menschen müssen, auch wenn sie letztlich nach gerichtlicher Kontrolle Recht bekommen, unter den Sanktionen leiden.

Das Existenzminimum darf nicht angetastet werden!

Um es klarzustellen: Es geht hier nicht um Leistungsmissbrauch, sondern um Menschen, die auf die niedrigen Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind und denen man irgendein Fehlverhalten vorwirft. In den wenigsten Fällen ist dies die Ablehnung einer als zumutbar geltenden Arbeit. Die meisten Sanktionen werden verhängt wegen Konflikten um Meldetermine, um die Anzahl von Bewerbungen, um Ein-Euro-Jobs und andere Maßnahmen wie z.B. Bewerbungstrainings und Praktika. Sanktioniert werden auch nachvollziehbare Handlungen, die bei korrekter Rechtsanwendung nicht sanktioniert werden dürften, z.B. der Abbruch einer unsinnigen Maßnahme oder die Ablehnung einer sittenwidrigen Arbeit. Unter 25jährige werden besonders hart und unverhältnismäßig bestraft. Ihnen muß schon beim ersten Pflichtverstoß – von Meldeversäumnissen abgesehen – der gesamte Regelsatz für drei Monate gestrichen werden.

Arbeitslose sind nicht an der Arbeitslosigkeit schuld!

Es fehlen Existenz sichernde Arbeitsplätze. Dieses Grundproblem, das durch die Wirtschaftskrise verschärft wird, kann mit Sanktio-

nen nicht gelöst werden. Mit dem Sanktionsregime wird jedoch so getan, als hätten die Erwerbslosen ihre Lage verursacht und müßten zur Arbeit getrieben werden. Dabei zwingt das Sanktionsregime nicht nur Alg-II-Beziehende, Arbeit um jeden Preis und zu jedem Preis anzunehmen, es wirkt auch als Drohkulisse für die Noch-Erwerbstätigen und ihre Interessenvertretungen.

Sanktionen als Mittel, um Sparvorgaben zu erfüllen?

Die Sanktionen werden auch vor dem Hintergrund von Sparvorgaben verhängt, welche das Bundesministerium für Arbeit und Soziales über die Bundesagentur für Arbeit den JobCentern auferlegt. Für das Abschwungjahr 2009 wurde das »ehrgeizige« Ziel gesetzt, die existenzsichernden Leistungen um 3 % zu senken und die Vermittlungsquote in den erwartbar enger werdenden Arbeitsmarkt zu erhöhen. Vielfach sehen Mitarbeiter nur durch verstärkte Sanktionen die Möglichkeit, diese Zielvorgaben zu erreichen. Die Vermittlungsquote kann ohnehin nur durch den Zwang, ausbeuterische Beschäftigungsverhältnisse anzunehmen, erreicht werden. Der Druck, bei der Bundestagswahl gute Zahlen zu präsentieren, kann diese Entwicklung kurzfristig noch verschärfen.

Ein Moratorium ist nötig!

In der Frage, ob die Hartz-IV-Sanktionen grundsätzlich gegen Grundrechte verstoßen, haben wir, die Erstunterzeichner, unterschiedliche Auffassungen. Wir sind uns aber darin einig, daß angesichts der gegenwärtigen Zustände in den JobCentern der Vollzug von Sanktionen sofort gestoppt werden muß. Es ist dringend notwendig, die Mißstände in den JobCentern, die bislang in ihrem Ausmaß zu wenig bekannt sind, offen zu legen, für deren Beseitigung zu sorgen und den gegenwärtigen Sanktionsparagrafen grundlegend zu überdenken. Währenddessen dürfen Erwerbslose nicht den derzeit verbreiteten Sanktionspraktiken ausgesetzt werden. Ein sofortiges Moratorium, ein Aussetzen des Sanktionsparagrafen, ist deshalb notwendig.

Die Langfassung dieses Aufrufs und weitere Informationen finden Sie unter: www.sanktionsmoratorium.de

Initiator/innen dieses Aufrufs sind: Tacheles e.V. (Wuppertal), Prof. Dr. jur. Helga Spindler (Universität Duisburg-Essen), Prof. Dr. Franz Segbers (Universität Marburg), Prof. Dr. Claus Offe (Hertie School of Governance), Prof. Dr. Stephan Lessenich (Friedrich-Schiller-Universität Jena), Markus Kurth MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Katja Kipping MdB (DIE LINKE), Jürgen Habich (BAG Prekäre Lebenslagen), Franziska Drosel (Bundvorsitzende der Jusos), Prof. Dr. Klaus Dörre (Friedrich-Schiller-Universität Jena), AG Sanktionen der Berliner Kampagne gegen Hartz IV

Anrechnungsfreigrenzen im SGB II erweitern

Meine Fraktion im Bundestag hatte einen Antrag (16/14012) eingebracht, in dem wir ein höheres Schonvermögen für Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II fordern und Anrechnungsfreiheit für Ferienjobs bei Schulkindern in derartigen Bedarfsgemeinschaften. Gerade meine zu Ende gehenden diesjährigen Sprechstunden unter freiem Himmel haben die Dringlichkeit dieses Vorschlages noch einmal bewiesen (Foto).

Viele Besucherinnen und Besucher klagten mir ihr Leid, daß sie durch die geltende Rechtslage gezwungen sind, ihre mühsam ersparte Altersvorsorge zur Existenzsicherung einzusetzen und sie große Angst vor Armut und ihrem Rentenleben haben. Schulkindern beschwerten sich bei mir, daß ihr in den Ferien erarbeitetes »Taschengeld« ihren Hartz-IV-Eltern angerechnet wird. Im Ergebnis erhält die Familie weniger Leistungen; das Ferienjobgeld kommt nicht den Kindern und Jugendlichen



zugute, sondern der öffentlichen Hand. Der Ferienjob ist ein Nullsummenspiel und lohnt sich für sie nicht, obwohl sie ganz besonders auf ihn angewiesen sind.

Das ist eine Benachteiligung und Ungleichbehandlung. Die Eigeninitiative junger Schülerinnen und Schüler muß honoriert werden.

Die Anrechnung von Einkommen aus Ferienjobs muß daher explizit im Gesetz ausgeschlossen werden. Die Bundesregierung geht von einem massiven Anstieg der Erwerbslosigkeit bis 2010 auf jahresdurchschnittlich 4,6 Millionen aus. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) landet ein erheblicher Teil der neuen Erwerbslosen unmittelbar in Hartz IV – trotz vorheriger Beschäftigung. Das muß unbedingt und schnellstens geändert werden.

Obwohl Politikerinnen und Politiker aller Bundestagsfraktionen die aktuelle Regelung kritisiert und eine baldige Korrektur in Aussicht gestellt hatten, ist unser Antrag mit den noch geltenden Mehrheiten im Parlament abgelehnt worden. Wir werden im nächsten Deutschen Bundestag erneut dagegen vorgehen und die Abschaffung weiterer Ungerechtigkeiten wie z.B. die Anrechnung von Jugendweihgeld mit einfordern.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Wirtschaftskrise: Talsohle erreicht – Krise vorbei?

Im 2. Quartal 2009 ist die deutsche Wirtschaft nicht mehr geschrumpft. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg um ganze 0,3 Prozent. Nun sei die Rezession zu Ende, verkünden die Wirtschaftsblätter. Wir sind in der Talsohle angelangt, freut sich Kanzlerin Merkel. Auch in den USA gebe es »positive Signale«, in China sowieso. Klar, einen »Aufschwung«, rasche Besserung will selbst im Wahlkampf niemand versprechen. Auch werde es »nicht einfach« werden. Aber mit den Prognosen soll nicht nur eine Wirtschaftsentwicklung dargestellt werden. Der Bevölkerung soll suggeriert werden, daß es »mittelfristig« besser wird, daß es vielleicht nach ein paar Monaten, maximal aber in ein bis zwei Jahren wieder bergauf gehe. Klar, so die bürgerliche Propaganda weiter, müßten »wir« dafür alle zusammenhalten, auf etwas verzichten, z.B. die nächste Lohnerhöhung, bezahlte Überstunden oder auf Sozialleistungen.

Rezession vorbei?

Nimmt man die gängige Definition der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft für eine Rezession – Schrumpfen der Wirtschaftsleistung eines Landes gemessen als Bruttoinlandsprodukt in zwei aufeinander folgenden Quartalen – so ist die Rezession rein rechnerisch vorbei. Selbst die bürgerlichen Experten und deren Prognosen gehen jedoch von einem überaus bescheidenen Wachstum aus. Selbst sie rechnen z.B. mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in diesem und im kommenden Jahr. Dabei hat die Krise schon jetzt weltweit zu einer massiven Zunahme von Armut, Elend und Arbeitslosigkeit geführt. So hat sich allein 2008 lt. ILO-Schätzung die Zahl der »absolut Armen« (also aller Menschen, die von weniger als einem Dollar/Tag leben müssen) auf 150 Millionen erhöht. Kein Wunder, daß schon ein Sechstel der Menschheit – also rund eine Milliarde – als unterernährt gilt. Die Zahl der offiziell arbeitslos Gezählten soll sich 2009 weltweit um 50 Millionen erhöhen. Für die BRD wird geschätzt, daß die Zahl der Arbeitslosen 2009/10 bei einem Rückgang des BIP um 5 Prozent um 2 Millionen steigen wird. Bislang konnte ein solcher Anstieg auch nur durch die massenhafte Kurzarbeit – 1,4 Millionen allein von Oktober 2008 bis März 2009 – verschleiert werden.

Doch schon die Vorstellung, daß wir bis Ende 2010 eine Phase geringen Wachstums haben, die danach wieder »anziehe«, ist eine »optimistische Prognose«. Das Ende des Niedergangs der Wirtschaft und leichte Zuwächse sind nicht zuletzt auf massive staatliche Programme zur Ankurbelung der Konjunktur, also zur Sicherung der Nachfrage durch Erhöhung der Staatsverschuldung, sowie eine Refinanzierung der Banken und Spekulanten durch Staatsgarantien – also weitere Verschuldung – und eine damit erzeugte neue spekulative Blase zurückzuführen. Deren Platzen in den nächsten Monaten ist keinesfalls auszuschließen, was erneut

zu einer Rezession führen kann. Das nennen bürgerliche Ökonomen, dann »double dip« (doppeltes Eintauchen) – die wahrscheinliche Variante der konjunkturellen Entwicklung.

Rechnung muß bezahlt werden

Für die Lohnabhängigen, aber selbst für große Teile des Kleinbürgertums und der Mittelschichten heißt das »double shit«. Doch wie auch immer die konjunkturelle Entwicklung geht – ob ein »double dip« oder eine längere Stagnations- und Niedergangsentwicklung –, in den nächsten Jahren ist die Rechnung für die »Rettungs«programme für die Banken, für Investoren, große Konzerne fällig.

Nach den Wahlen soll es daher zur Sache gehen. Die informell geschlossenen »Abkommen« von Regierung und Unternehmerverbänden, also von den großen Monopolen, welche die Krise durch Kurzarbeit abfedern, werden auslaufen. Ein Viertel bis ein Drittel der Industriearbeitsplätze steht zur Disposition. Da ist ein Mindestlohn selbst in den bescheidenen DGB-Größen von 7,50 Euro ohne Kampf nicht zu haben. Vielmehr soll der Niedriglohnsektor erst rüch angeschoben werden. Der Kündigungsschutz – ohnedies schon ausgehöhlt – muß geschliffen werden.

Die Schulden werden in den öffentlichen Haushalten, v.a. bei den Kommunen zu drastischen Sparprogrammen führen, die einen weiteren Kahlschlag von Jugend- und Kinderbetreuung zur Folge haben werden, weiteren Niedergang im Bildungsbereich, Kürzungen bei allen möglichen Formen der Öffentlichen Versorgung und früher oder später eine weitere Privatisierungswelle erzeugen. Gleichzeitig werden die Kreditgeber, also die Banken, weiter bedient und den Reichen weitere Steuerergeschenke in den Arsch geblasen.

Krisenursachen bleiben

Vor allem aber: die Krisenursachen bleiben. Die Weltwirtschaftskrise, schon jetzt die schwerste seit 1929, war und ist ja keineswegs bloß »Finanzkrise«. Ihre eigentliche Ursache liegt in der Überakkumulation von Kapital im industriellen Bereich, darin, daß immer größere Massen von Kapital verwendet werden müssen, um eine gleich große Masse von Profit zu »erwirtschaften«, also von immer härter arbeitenden ArbeiterInnen immer mehr Waren produzieren zu lassen. Doch – und das ist ein grundlegendes Problem des Kapitalismus – die Rate des Profits, also der Gewinn im Verhältnis zum vorgeschossenen (investierten) Geld, sinkt bei immer fortgeschrittener und umfangreicherer Produktion auf immer besserer technischer Grundlage.

Was in einer vernünftig, gemäß den Interessen der Bevölkerung produzierenden Wirtschaft für alle positiv wäre, nämlich, daß immer mehr Produkte in kürzerer Zeit produziert werden können, macht sich im Kapitalismus als

allgemeine Unvernunft, als Wahnwitz breit. Immer mehr wird produziert. Aber weil der Zweck der Produktion nicht die Befriedigung von Bedürfnissen, sondern die Schaffung von Profit für den Kapitalisten ist, erscheint die Krise als ein »zu viel« von allem. Es gibt zu viele Waren, zu viele Produkte, zu viele Fabriken, Büros, Kaufhäuser, zu viele Arbeitskräfte, zu viel Kapital. Nur durch die Vernichtung ebendieser kann die Krise im Kapitalismus gelöst werden. Nur so kann die ganze Scheiße von neuem beginnen. Doch die Vernichtung von Kapital ist kein friedlicher, sondern ein gewaltvoller brutaler Prozeß. ArbeiterInnen müssen entlassen, Existenzen vernichtet werden.

Auch zwischen Kapitalisten und zwischen Staaten verschärft sich der Kampf. Schließlich will keiner freiwillig abtreten. VW, GM und alle anderen Konzerne kämpfen darum, daß sie aus der Krise »siegreich« hervorgehen. Alle großen Mächte wollen, daß »ihr« Kapital nach der Krise stärker ist als vorher – das geht nur auf Kosten anderer. Daher werden »natürlich« auch verstärkt protektionistische, nationalistische und rassistische Maßnahmen gesetzt, um den »eigenen« Markt, die »eigene« Wirtschaft zu sichern. Zugleich wird die Öffnung anderer Märkte gefordert. Daher werden Kriege um Rohstoffe und geostrategische Positionen in der sich weiter verschärfenden Weltmarktkonkurrenz geführt. Die Krise hat nicht nur die krisenhafte Natur des Kapitalismus, des Gesamtsystems offenbart. Sie hat auch die Quellen für die spekulative Expansion des »neoliberalen« Wachstums, der »Globalisierung« unterminiert, wenn nicht zerstört. Der spekulative Boom der USA und die Expansion des Weltmarktes in den letzten 20 Jahren gingen mit einer fast unumstrittenen Vorherrschaft des US-Imperialismus und des Dollars als Weltgeld einher. Die Krise hat diese Faktoren nachhaltig erschüttert. Das heißt aber auch, daß der Weltmarkt nicht nur härter umkämpft sein wird, sondern daß der Weltmarktzusammenhang insgesamt fragiler wird und die Tendenzen zum Protektionismus und zur imperialistischen Blockbildung, zum Wirtschaftskrieg und auch zu Aufrüstung und Militarisierung zunehmen.

Kurzum, wir sind in eine Periode eingetreten, die von weiterer Verschärfung der Krisenhaftigkeit des Gesamtsystems geprägt sein wird (auch wenn es weitere, eher »falsche« konjunkturelle Zwischenhochs geben wird). Von einem »Ende der Krise« kann in diesem Sinne überhaupt keine Rede sein. Im Gegenteil: Wir stehen am Beginn einer historischen Krise des Kapitalismus selbst – einer Krise, die letztlich nur auf zwei Arten bewältigt werden kann. Durch massive Vernichtung von Kapital, Verschärfte Ausbeutung, Reaktion, Niedergang und imperialistischen Krieg oder aber durch Überwindung der Ursache der Krise, den Sturz des Kapitalismus: die sozialistische Weltrevolution.

Das Denkmuster ist immer dasselbe: Erst das eine, dann das andere. Das sieht nach Ordnung aus, doch es ist die Schubkasten-Ordnung von Bürokraten. Als Karl Marx neunzehn Jahre alt war und in Berlin studierte, schrieb er an seinen Vater in Trier: Wir müssen »mit dem Adlerauge des Gedankens das Vergangene und Gegenwärtige« betrachten. Die Vernunft der Dinge selbst »muß als in sich Widerstreitendes fortrollen«. Das bewegt ihn, die Fehler seiner Professoren zu durchschauen und seine eigenen Fehler zu verstehen: »Der Fehler lag darin, daß ich glaubte, das eine könne und müsse getrennt von dem anderen sich entwickeln«, sodaß ich einen Schrank »mit Schubfächern erhielt, in die ich nachher Sand streute.« (MEW 40 S. 3 ff)

Einen Schrank mit Schubfächern: Wie es heute noch die meisten Linken sehen – im unteren Schubfach Kapitalismus, im oberen Schubfach Sozialismus, oder rechts das Alte, links das Neue, Trennwand ist die Revolution. Das Schubkasten-Prinzip überwand schon der neunzehnjährige Karl. Als Marx im fünften Lebensjahrzehnt stand, schrieb er: »...abstrakt strenge Grenzlinien scheiden ebenso wenig die Epochen der Gesellschafts- wie der Erdgeschichte.« (MEW 23 S. 391) Das war nicht so einfach dahingesagt. Marx wurde vor allem von zwei Erkenntnissen bewegt.

Erstens waren schon zu seiner Zeit die Aufstände nicht mit dem erwünschten Sieg gekrönt, zumindest nicht dauerhaft. Was von 1848 bis 1852 geschah, haben Marx und Engels in drei Büchern analysiert, die auch heute noch seinen Kritikern höchste Achtung abnötigen, sie sehen Marx als großen Historiker, das war er auch, weil er großer Philosoph gewesen ist. Marx setzte darauf, daß die Arbeiter und Bauern ohne Erbarmen mit sich selber die Entwicklung analysieren. Und er setzte darauf, daß die Betroffenen ihre Erfahrungen zusammenhalten, die sie aus Erfolg und Mißerfolg gezogen haben. Allerdings gehen Erfahrungen verloren, wenn die Abstände zwischen erfolg-

Karl Marx im 21. Jahrhundert (13)

Das Schubkastenprinzip

von Dr. Rainer Thiel

Früher hatten sich das die meisten Linken so gedacht: Marx hat von Arbeiterklasse und Revolution gesprochen, und wenn die Revolution kommt, dann ist sie da, es wird ein Palast gestürmt, die neue Gesellschaft beginnt. Leider hatte man Marx nicht richtig gelesen oder überhaupt nicht. Nun ist man enttäuscht und sagt: Uns ist das revolutionäre Subjekt abhanden gekommen, die Arbeiterklasse, sie stürmt keine Paläste. So jammert's in der PDS (heute DIE LINKE). Bis 1989 sah man sich als Macht der Arbeiter und Bauern, und 1990 sagt man: Uns ist das revolutionäre Subjekt abhanden gekommen. So plötzlich? Andere Linke wiederum wollen Sozialismus, doch sie sagen: Jetzt haben wir Kapitalismus, da können wir gar nichts machen, da hat auch Montagsdemo keinen Zweck. Erst muß der Kapitalismus weg. So plötzlich? Wie kommen wir denn dem Ziele näher?

reichen Aktionen sehr groß werden. Dem Volk ist ja nicht vergönnt, seine Erfahrungen im offiziellen Geschichtsunterricht bewahrt zu finden. So muß es immer wieder von vorn anfangen, aus bitteren Erfahrungen zu lernen. Selbst die Erfahrungen aus dem revolutionären November 1918 wurden nur von ein paar Spezialisten aufbewahrt. Die Enkel haben sie nicht analysiert. Und spezielle Professoren verstanden nicht, sie zu vermitteln.

Wichtig wären allein schon für die Analyse linke Parteien, am besten revolutionäre Parteien. Dazu hat Lenin vor allem ab 1902 nachgedacht. Doch Parteien geraten leicht in die Selbst-Glorifizierung: »Wir haben große Erfolge!!« Und man klopft sich gegenseitig auf die Schultern. Das ist eitle Selbsttäuschung. Erstaunlich, daß Karl Marx schon 1845 das Problem erkannte, als er – der Philosoph – das Verhältnis von Erziehern und zu Erziehenden aufs Korn genommen hat: »Die materialistische Lehre von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergißt, daß die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muß... Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als revolu-

tionäre Praxis gefaßt und verstanden werden.« (MEW 3 Seite 5 f. und – von Engels redigiert – Seite 534 f.) In der DDR wurden diese Worte kaum je zitiert.

Fazit: Wir haben es mit einem langen Entwicklungsprozeß zu tun. Erschwerend wirkt, daß sich in der Entwicklung immer wieder Scheidewege auftun. Die Wege selber spalten sich. Das führt zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Parteien und ihrer Anhänger. Die Streithähne sind sich nicht bewußt, daß das der Gang der Geschichte ist. Jede einzelne Fraktion hat etwas Wichtiges im Auge, doch keine der Fraktionen begreift: Nur **das Ganze ist das Wahre** und jedes Zipfelchen nur eine Komponente. Das zu begreifen ist Dialektik. Doch daran fehlt es am allermeisten. Deshalb droht der Streit zwischen den Fraktionen immer wieder auszuufern. Kompromisse helfen da nicht viel. Es müssen **kreative** Lösungen erarbeitet werden. Das ist ein besonderes Thema, das in der DDR unterdrückt wurde, davon kann ich ein Lied singen. Zum Glück stehen die Konservativen in dieser Gesellschaft vor demselben Problem. Wenn die Linken schlau sind, nützen sie das aus. Sie müssen es nur wollen.

Stadtverwaltung Eberswalde kontra Solarfabrik

Eberswalde (bbp). Die Stadtverwaltung Eberswalde hat den Planungen, auf dem Gelände des Flugplatzes Finow eine Solarfabrik zu errichten, eine deutliche Absage erteilt. Die Stadtverordneten wurden auf ihrer Sitzung am 24. September über die »Stellungnahme der Stadt Eberswalde« zu dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 135 »Photovoltaik am Flugplatz« informiert. Die Stadtverwaltung bezieht sich darin auf den am 15. Mai 2009 rechtskräftig gewordenen Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-B). Diese sehe für das Plangebiet südlich der Start- und Landebahn eine Vorhaltefläche für großflächige gewerblich-industrielle Vorhaben vor. Diese Vorhalteflächen sollen »räumliche Rahmenbedingungen für eine wachstumsstarke Wirtschaftsregion schaffen, die für die Schaffung dauerhafter und wettbe-

werbsfähiger Arbeitsplätze erforderlich sind.« Das Vorhaben »Photovoltaik am Flugplatz« werde, so die Stadtverwaltung in ihrer Stellungnahme, die Ansiedlung von solch großflächiger Industrie und Gewerbe »für mindestens 20 Jahre« blockieren. Desweiteren wies die Verwaltung auf den schlechten Zustand der Biesenthaler Straße hin. Unter der Voraussetzung, daß während der drei- bis viermonatigen Bauphase der baubedingte LKW-Verkehr »sich auf durchschnittlich wenige Fahrten pro Tag« beschränkt, bestünden seitens der Stadtverwaltung Eberswalde keine grundsätzlichen Bedenken bezüglich der Zufahrt über den Ortsteil Finow. Geschätzt wird, daß während der Bauzeit zwei bis drei LKW pro Tag die Strecke befahren.

Die Gemeindevertretung Schorfheide lehnte den Eberswalder Einwand mit 22 Stimmen, bei

einer Enthaltung, ab. Die Entwicklung als Industriestandort sei nur sinnvoll »und auch nur durchführbar mit einer entsprechenden Direktanbindung an die Autobahn.« Entsprechende Planungen dauerten mindestens zehn Jahre. Der Eigentümer der Fläche habe sich daher dazu entschlossen, von insgesamt 150 Hektar der für gewerblich-industrielle Nutzungen vorgesehenen Fläche etwa 70 Hektar für die Gewinnung von Strom aus Sonnenenergie als Zwischennutzung zur Verfügung zu stellen.

Der Landkreis Barnim begrüßte in seiner Stellungnahme die geplante Zwischennutzung, »da der Standort sehr geeignet für Photovoltaikanlagen« erscheine. Zudem entspreche das Vorhaben der »Null-Emissionsstrategie« des Landkreises Barnim. Danach soll die regenerative Stromproduktion über dem Verbrauch liegen.

»Die Zeit der Ruhe ist vorbei«

Erst in der vorigen Ausgabe berichtete die »Bamimer Bürgerpost« über die neue »Taschenkarte« mit geänderten Einsatzregeln für die Bundeswehr in Afghanistan. Der neue »Schießbefehl« bewährte sich schon wenige Tage später in der Praxis. Der von einem deutschen Offizier befohlene militärisch sinnlose Angriff auf zwei gekaperte Tankwagen, die an einem Flußübergang im Sand feststeckten und bei dem mindestens 30 Zivilisten massakriert wurden, hat den ohnehin geringen Rückhalt der deutschen NATO-Truppe in der Zivilbevölkerung weiter untergraben. Das kritische außenpolitischen Informationsportal German-Foreign-Policy.com zitiert dazu den afghanischen Journalisten Hussain Mosawe. »Die Zeit der Ruhe für die Bundeswehr«, urteilt Mosawe, sei nach dem Massaker »vorbei«. »Seit acht Jahren führt der Westen nun Krieg bei uns. Seitdem sind viele Tausend Afghanen getötet worden«. Selbst das Massaker sei als bloßer »Fehler« eingestuft worden. »Sie bringen unsere Leute um, machen unser Land kaputt, und dann war es ein Fehler?«. In Übereinstimmung mit einer wachsenden Anzahl heimischer NATO-Kritiker antwortet der afghanische Journalist: »Das ist kein Fehler, das ist eine Politik der verbrannten Erde.« (AP, 23.9.2009)

Um der Lage Herr zu werden fordert der deutsche ISAF-Regionalkommandeur Nord, Jörg Vollmer, »kurzfristig« eine deutliche Aufstockung der afghanischen Polizeihilfskräfte von derzeit 1.200 auf 3.700 Mann. Dabei sollen die 2.500 zusätzlichen Polizisten von den deutschen Besatzern in eigener Vollmacht engagiert und bezahlt werden. Während die Bundesregierung das Ansinnen zurückwies, wird der Vorschlag von Brigadegeneral Vollmer von dem bündnisgrünen Militärpolitiker Winfried Nachtwei unterstützt. Nachtwei hat dabei einen erheblichen Teil der grünen Mitgliedschaft hinter sich. Laut Tagesschau vom 10.9.2009 ergab eine aktuelle Umfrage, daß rund 50 Pro-

zent der Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen den NATO-Krieg in Afghanistan unterstützen – weit mehr, als bei den Parteigängern von CDU und FDP. Ähnliche Töne, so German-Foreign-Policy.com, seien trotz deren Wahlkampfpassage »Raus aus Afghanistan« auch seitens der LINKEN zu hören. Man dürfe Afghanistan »nicht einem Chaos überlassen«, wird der als »Gysi-Intimus« charakterisierte André Brie am 24.9.2009 in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« zitiert. Allerdings hat der einstige »Vordenker« in der eigenen Partei mit seiner Befürwortung des afghanischen Kriegeinsatzes wenig Rückhalt. Das zeigte sich im Frühjahr, als die von ihm angestrebte Nominierung als Kandidat der LINKEN für das Europaparlament ausblieb. Zur Bundestagswahl kämpfte er um das Direktmandat im Wahlkreis 66 (Elbe-Elster/Oberspreewald-Lausitz II), unterlag hier aber knapp (mit 749 Stimmen Differenz) dem CDU-Kandidaten Michael Stübgen.

Bei ihrer Forderung nach einem baldigen Rückzug aus Afghanistan erhält die LINKE inzwischen Unterstützung von manchen Konservativen mit Erfahrungen im Militär- und Machtapparat. Der einstige Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Walther Stütze beispielsweise erklärte am 24.9.2009 auf Deutschlandradio Kultur: »In Afghanistan ist Krieg und der ist verloren.« Als Staatssekretär hatte er den Kriegeinsatz in Afghanistan mit auf den Weg gebracht. Es habe »immer schon« Krieg gegeben, »wenn fremde Mächte versuchten, den Afghanen mit einer importierten politischen Ordnung auf die Sprünge zu helfen«, sagt Stütze heute. »Britten und Russen wissen ein leidvolles Lied davon zu singen.« Wie Stütze meint, müsse »eine neue politische Ordnung im Lande selbst wachsen«; man dürfe »Kampf gegen Terrorismus nicht mit einer militärischen Kampagne« verwechseln. G.M.

Quellen: www.german-foreign-policy.com, www.wahlergebnis.brandenburg.de

Erlebnistour mit Fußballspiel

Eberswalde (prest-ew). Vierzig Zehntklässler aus der dänischer Partnerstadt Herlev waren kürzlich für einen Tag in Eberswalde zu Gast. Betreut von der Stadt Eberswalde ging es nach dem Aufstieg auf die rund 50 m hohe Aussichtsplattform der Maria-Magdalenen-Kirche und einer kurzen Führung in der Stadtkirche mit Kantor i.R. Hermann Euler per Bus zum Schiffshebewerk. Auch dort gab es eine fachkundige Führung durch Herrn Kluge – ins Englische übersetzt von Christine Mohr-Benfer.

Zurück in Eberswalde warteten im Fritz-Lesch-Stadion bereits gleichaltrige Schulkameraden aus der Sellheim- und der Goetheschule. Das folgende Fußball-Freundschaftsspiel absolvierten die Teilnehmer mit viel Enthusiasmus auch als gemischte dänisch-deutsche Mann-

schaften sowie Mädchen und Jungen gemeinsam. Alle hatten sehr viel Spaß und bedauerten, daß nicht mehr Zeit zum Kennenlernen blieb. Die Herlever hatten im Rahmen eines viertägigen Berlinbesuchs für einen Tag Eberswalde erleben und Kontakte knüpfen wollen.

»Beim nächsten Mal kommen wir ganz sicher direkt hierher«, sagte dann auch der betreuende Lehrer Thomas Johansen. »Hier haben wir doch bessere Möglichkeiten zum Kennenlernen.«

Lehrerin Martina Uhlig nutzte für ihre Sellheimschule die Chance zur persönlichen Kontaktaufnahme mit Lene Borrè von der Hjortespring Skole Herlev: »So haben wir beide einen kurzen Weg, kennen uns nun und können ganz anders für unsere Schulen zusammenarbeiten«, so Frau Uhlig begeistert.

DIE LINKE:

BVVG braucht neues Gesetz

Der Ausverkauf nicht nur der Gewässer, sondern auch der Agrar- und Waldflächen in den neuen Ländern muß endgültig gestoppt werden. Notwendig ist zugleich eine neue gesetzliche Grundlage zur Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG). Statt Maximalerlösen gebührt den Interessen der ostdeutschen Kommunen, Länder und Agrarunternehmen der Vorrang. Dazu wird DIE LINKE im Bundestag sofort nach der Wahl erneut entsprechende parlamentarische Initiativen vorlegen. DIE LINKE hat immer wieder auf Bundes- wie auf Landesebene auf die Lösung der Probleme im Zusammenhang mit der BVVG gedrängt. Daß es jetzt gelang, innerhalb weniger Wochen ca. 83.000 Unterschriften gegen die Gewässerprivatisierung zu sammeln, zeigt, wie sehr diese Verkäufe auch die Bürgerinnen und Bürger auf den Nägeln brennen. Dieser Druck und der laufende Wahlkampf brachten das Bundesfinanzministerium offenbar dahin, die Verkäufe von Gewässern und Agrarflächen bis zum Jahresende auszusetzen. Das Moratorium kann aber nur der erste Schritt sein. Der Grundsatz Privatisierung muß endlich aufgehoben werden.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Innovative Straßenlampen

Eberswalde (prest-ew). In der Stadt Eberswalde wird derzeit der mögliche Einsatz von innovativer Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet geprüft. Im September wurden aus diesem Grund unterschiedliche LED-Leuchten getestet. In der Ammonstraße kamen fünf Musterleuchten, die mit LEDs bestückt sind und für den Anwendungsbereich der Anliegerstraßen genutzt werden sollen, zum Einsatz. In der Bergerstraße, westlich der Ammonstraße, wurden zwei LED-Leuchten für die Nutzung von Sammelstraßen getestet.

Der Einsatz von LED-Leuchten im Bereich der Straßenbeleuchtung bietet neben dem geringen Energiebedarf einen sicherheitstechnisch wichtigen Aspekt. Die angebotenen LED-Systeme beinhalten ca. 30 LEDs und mehr. Beim Ausfall einer LED wird die Leuchtkraft nur minimal reduziert. Dadurch wird den ökonomischen und ökologischen Faktoren wie Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit Rechnung getragen.

Ziel der Untersuchung ist es, eine Entscheidungshilfe zu finden für zukünftige Erneuerungen von Straßenbeleuchtungen unter innovativen Gesichtspunkten. Dabei geht es hauptsächlich um sparsamen Umgang mit Energie und der sich daraus ergebenden Kosteneinsparung für die Stadt.

Aber auch die Stadtgestaltung mit Licht wie Attraktivität und Sicherheit des städtischen Umfeldes, das für das Wohlbefinden der Einwohner eine wichtige Rolle spielt, soll bei der Auswahl berücksichtigt werden.

1939 - Als der große Krieg geboren wurde

Teil 2: Überlegungen zum Nichtangriffsvertrag

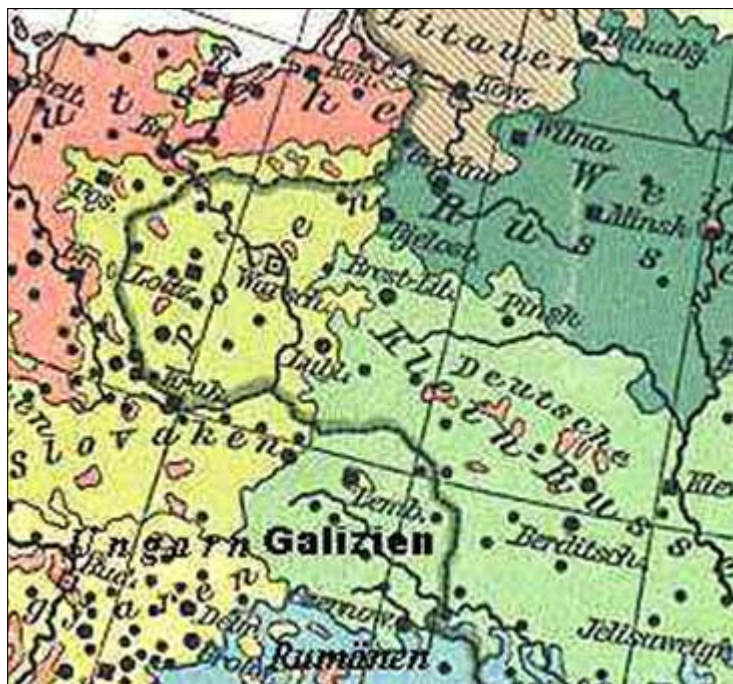
Der deutsch-sowjetische Vertrag vom August 1939 (»Hitler-Stalin-Pakt«), das geheime Zusatzprotokoll dazu und der anschließende Grenzvertrag vom 28. September gehören zu den heftigst diskutierten Ereignissen der Vorkriegszeit. Der »Pakt« steht in einem sehr komplexen geschichtlichen Zusammenhang. Aber die Beurteiler neigen je nach politischer Orientierung und Tagesinteressen oft zu unzulässiger Vereinfachung dieses Kontextes.

Die Interpretationen reichen bis zu der besonders von extrem nationalistisch-konservativen polnischen Vertretern vorgebrachten Behauptung, damit sei die UdSSR der Verbündete Hitlerdeutschlands gewesen, Polen sei von beiden Mächten gemeinsam überfallen und geteilt worden (so Staatspräsident KACZYNSKI am 1. September 2009) und bis zur Gleichsetzung beider Länder im Sinne der Totalitarismuskonzeption. Aus gemäßigter Sicht hat der Vertrag »Hitlers Krieg in diesem Moment ermöglicht« [1]. Kritiker des Vertrages finden ihn moralisch verwerflich (so auch PUTIN 2009), prinzipienlos – manche Linke sprachen von »Verrat« – und mit Blick auf die Sicherheit der UdSSR weder notwendig noch zweckmäßig. Mehrere bekannte ostdeutsche Historiker haben sich nach 1990 solche Einschätzungen zu eigen gemacht. Beispiele dafür sind das Buch von Olaf GROEHLER [2] und die Hitler-Biographie von Kurt PÄTZOLD und Manfred WEIBBECKER [3].

(GROEHLER hat z.T. Interpretationen aus der Sicht Nazideutschlands und des Kalten Krieges (z.B. von einer Militärallianz gegen Polen, S. 116) unkritisch übernommen. Viele Details seines Buches selbst widerlegen andererseits derartige Behauptungen.

Die hier vorgestellten Thesen befassen sich zunächst mit Aspekten, die bei der Beurteilung des Vertrages oft übersehen oder sogar bewußt verschwiegen werden. In einem folgenden Teil wird dann der heutige Streit am Beispiel der oben genannten Bücher betrachtet.

1 Gelegentlich wird die internationale Lage der UdSSR im Sommer 1939 als so komfortabel dargestellt, daß Moskau sich in Ruhe das beste Angebot aussuchen konnte. So Sebastian HAFNER: »Stalin fand sich im Sommer 1939 ganz unverhofft in einer beneidenswerten Lage: Er konnte plötzlich wieder zwischen dem Westen und Deutschland wählen, ja er wurde von beiden umworben...« [4]. Solche Einschätzungen übersehen allerdings wichtige, für die Sowjetunion alarmierende Entwicklungen. Das Land befand sich bereits seit Ende 1936 in Spanien in indirekter militärischer Konfrontation mit den Achsenmächten. Sowjetische Flugzeug- und Panzerbesatzungen, Artilleristen, Matrosen der Blockadebrecher standen im Kampf mit Luftwaffe, Panzern und Marine der Faschisten [5]. Zugleich wurden seit 1936 die Aktivitäten Japans im Fernen Osten und in Zentralchina immer bedrohlicher. Nach früheren begrenzten Zwischenfällen waren die Rote Armee seit Mai 1939 in heftige Kämpfe zur Abwehr einer massiven Aggression der Japaner gegen die verbün-



Sprachgebiete und -grenzen in Osteuropa 1914

dete Mongolei verwickelt. Im August 1939 begann eine erfolgreiche Offensive der sowjetisch-mongolischen Truppen, die erst am 28.8., also nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages, beendet war.

Für die UdSSR als eurasische Macht fiel die japanische Expansion erheblich ins Gewicht, weil sie den sowjetischen fernen Osten und die Südflanke Sibiriens gefährdete. Angesichts der japanischen Präsenz in Korea, der Mandschurei und Nordchina blieb diese Gefahr auch nach der japanischen Niederlage am Chalchin Gol bestehen. Die Konsequenzen dieser Ereignisse für die Sicherheitspolitik der UdSSR werden zumeist übersehen oder unterbewertet. Für die sowjetische Führung blieb das Erlebnis des Mehrfrontenkrieges von 1918-1921 ein allgegenwärtiges Trauma. Daher mußte sie die Verhinderung einer neuen antisowjetischen Koalition, der die UdSSR allein – ohne effektive Verbündete – zu begegnen hätte, als vorrangige sicherheitspolitische Aufgabe ansehen.

2 Eine Konstante in der 1939 gut zwanzigjährigen Existenz der UdSSR war die Feindschaft aller wichtigen Mächte des Globus. Die sowjetische Diplomatie versuchte stets, dem durch Ausnutzung der Spannungen und Interessenkonflikte zwischen den feindlichen Großmächten zu begegnen und mittels zeitweiliger Abkommen und Zugeständnisse einzelne ihrer Gegner zu neutralisieren. 1939 verfügte die sowjetische Führung diesbezüglich bereits

über beträchtliche Erfahrungen. Der erste, gewissermaßen klassische Fall dieser Art war der »Frieden« von Brest-Litowsk. Er führte erstmals zu einer partiellen Zusammenarbeit des Sowjetstaates mit einem seiner Todfeinde aufgrund zeitweiliger, immer auch fragiler partieller Interessensübereinstimmung. Während der wenigen Monate seines Bestandes erwogen deutsche Militär- und Regierungskreise mehrfach seinen Bruch, während Moskau in der deutsch besetzten Ukraine insgeheim den Aufstand unterstützte. Andererseits enthielten die im August 1918 geschlossenen, für Sowjetrußland noch drückenderen Folgeverträge zu Brest einen geheimen Zusatz, der gemeinsame deutsch-sowjetische Militäroperationen gegen die britische Besetzung von Archangelsk und Baku vorsah.

Ähnlich zwiespältig war der Frieden von Riga (1921) mit Polen. Er zwang die junge UdSSR zur Abtretung von Westbjelorußland und Ostgalizien. Die Pariser Friedenskonferenz von 1919 hatte eine Grenzziehung zwischen Polen und Rußland entlang der Sprachgrenze, der sogenannten Curzon-Linie, vorgesehen (siehe Karte). Insbesondere auf Druck Frankreichs wurden diese Gebiete dann Polen überlassen, jedoch mit der Maßgabe einer Volksabstimmung, die nie stattfand [6; vgl. Teil 1]. Die sowjetische Regierung war angesichts des Bürgerkrieges gezwungen, diese an sich völkerrechtswidrige Grenzregelung zu bestätigen. Moskau hat das sicher ebenso wie Brest-Lito-

wsk als einen erpreßten Vertrag angesehen, der bei nächster Gelegenheit zu revidieren sei. Der Waffenstillstand an der polnischen Front (Oktober 1920), dem im März der Rigaer Frieden folgte, erlaubte es der Roten Armee, die Wrangel-Armee in Südukraine und Krim und anschließend die Weißgardisten und Japaner in Sibirien zu schlagen. Ähnlich wie in Brest wurde also einer der Gegner neutralisiert, um sich der übrigen zu erwehren.

Anders lagen die Dinge beim Vertrag von Rapallo (1922). Er trug keinen deutlichen Zwangscharakter, bei seinem Abschluß überwog beiderseitige Interesseneinstimmung. Und hier war die UdSSR tatsächlich erstmals in der Lage, zwischen einem etwas besseren und einem etwas schlechteren »Angebot« zu entscheiden. Ein übergeordneter Gesichtspunkt war aber auch für die sowjetische Genua-Delegation, eine Einheitsfront der Westmächte und Deutschlands durch den »Coup« von Rapallo zu verhindern. Die sich anschließende Entwicklung der Rapallo-Periode war für beide Länder wirtschaftlich und politisch vorteilhaft. Die enge (geheime) militärische Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee war allerdings auch mit hohen Risiken verbunden, allerdings für die UdSSR alternativlos.

Dieser Rückblick ergibt, daß sich eine Tradition der sowjetischen Diplomatie entwickelt hatte, durch solche Vertragsabschlüsse die internationale Situation der UdSSR zu sichern und zu festigen. Sie war durchaus auch mit raschen und überraschenden Wendungen verbunden. Aus dieser Sicht war der Vertrag vom August 1939 kein Einzelfall, auch kein »Sündenfall«, sondern lag auf einer bereits von LENIN begründeten Traditionslinie pragmatisch-realistischer Moskauer Außenpolitik.

3 Im Sommer 1939 hatte jede der in Europa entstandenen drei Machtgruppierungen – UdSSR, Westmächte nebst Verbündeten und Achsenmächte – zwei Bündnisoptionen. Das Münchener Abkommen, Ergebnis deutlicher Annäherung letzterer beider, bedeutete allerdings die zumindest zeitweilige Isolierung der UdSSR. Es hatte außerdem schwerwiegende militärpolitische Folgen auch für die Verbündeten der Westmächte. Die Sicherheitsarchitektur Frankreichs, seine Allianz mit Polen, der CSR, Rumänien, Jugoslawien und der UdSSR, war beschädigt. Die Zerschlagung der Tschechoslowakei erleichterte der Wehrmacht zudem den Angriff gegen Polen: der Vorstoß der deutschen 14. Armee gegen Lemberg und das galizische Erdölgebiet um Drohobytsch erfolgte aus der Slowakei heraus. Die »Münchener Politik« erschütterte Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der Westmächte bei ihren Verbündeten. Ihre zögerliche, unaufrichtige Verhandlungsweise während des Sommers verstimmte und verunsicherte die sowjetische Führung, der die parallel laufenden Londoner Kontakte von Sir Horace WILSON mit GÖRINGS Vertrauensmann WOHLTHAT nicht entgingen. Später

stellte sich der ganze Umfang des britischen Angebots heraus (Teil 1): Deutschland hätte im Osten gegen Polen und die UdSSR freie Hand bekommen [7]. Im Grunde hat nicht der deutsch-sowjetische Pakt, sondern bereits das Münchener Abkommen mit seinen irreversiblen Folgen den Überfall auf Polen ermöglicht.

4 Auch HITLER hatte zwei Optionen. Seit März/April 1939 den Polenkrieg im Blick, hat er damals wegen eines deutsch-britischen Abkommens in London vorfühlen lassen. Doch die Briten waren verstimmt. Vorausgegangen waren der Novemberpogrom in Deutschland und HITLERS Bruch des Münchener Abkommens durch die Besetzung der Rest-Tschechei. Nach Urteil des deutschen Botschafters in London, Herbert von DIRKSEN, eines Spitzendiplomaten mit langer Erfahrung, veranlaßte dieses Ereignis die eigentliche Kehrtwende der britischen Politik: Aufrüstung und Bündnispolitik waren angesagt. Von da an wurde Moskau von Deutschen und Briten umworben, vorerst ohne viel Erfolg. Aber im Juli kam das britische Angebot an Staatsrat WOHLTHAT: Nichtangriffspakt, Abgrenzung von Einflußzonen, Rückgabe deutscher Kolonien. WOHLTHAT gab die Sache über GÖRING an HITLER weiter – es geschah nichts. DIRKSEN wurde mit seiner Einschätzung, England würde wegen Polen in den Krieg eintreten, weder von HITLER noch von RIBBENTROP auch nur angehört. Dem deutschen Botschafter in Paris erging es nicht besser. Was war geschehen? Gewißheit über einen Pakt mit der UdSSR hatte HITLER noch nicht. War er gewillt, auch ohne solche Absicherung über Polen herzufallen? Dann hätte er weder die Gefahr seitens der Westmächte noch seitens der UdSSR allzu hoch bewertet. Der Vertrag mit Moskau war für ihn auch aus anderen als militärischen Gründen nützlich: Absicherung von Rohstoff- und Nahrungsmittelbezug, Transitrouten nach Asien. Die deutsch-britischen Fühlungenahmen von 1939 werden heute von den Historikern dieser Staaten kaum diskutiert...

ROLF RICHTER,
Bündnis für den Frieden Eberswalde.

Anmerkungen

- Berichtigung zu Teil 1: Rigaer Vertrag 1921, Rapallo 1922.
1 – Golo MANN, Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Frankfurt/M. 1992, S. 860.
2 – Olaf GROEHLER, Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920-1941. Berlin 1992.
3 – Kurt PÄTZOLD, Manfred Weißbecker, Adolf Hitler. Eine politische Biographie. Leipzig 1995.
4 – Sebastian HAFFNER, Der Teufelspakt. Die deutsch-russischen Beziehungen vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg. 3. Aufl., Zürich 1989, S. 141. Mit »wieder« sind die zuvor von Haffner beschriebenen Rapallo-Verhandlungen (1922) gemeint.
5 – Zum Ausmaß der sowjetischen Hilfe für die spanische Republik z.B. I. HIDALGO DE CISNEROS, Kurswechsel, Berlin 1976, und N. G. KUSNEZOW, Am Vorabend, Berlin 1973.
6 – B. E. STEIN, Die »russische Frage« auf der Pariser Friedenskonferenz 1919-1920. Leipzig 1953.
7 – Das Archiv DIRKSENS (1938-1939). In: Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges (Hrsg. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR), Bd. II. Moskau 1949.

Freundschaftstreffen 2010:

Besuch aus Rostow

Eberswalde (bbp). Seit dreieinhalb Jahren gehören das Gedenken an das Flugzeugunglück vom 6. April 1966, bei dem die Finower Piloten Boris Kapustin und Juri Janow ums Leben kamen, zum wichtigen Bestandteil der Freundschaftsarbeit der Eberswalder Mitglieder der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft. Seitdem konnte zahlreiches Material zusammengetragen werden, das Einzelheiten des Absturzes der JAK 28 über dem Territorium Westberlins aufhellt. Inzwischen gibt es auch regelmäßige Kontakte zu den Familien der beiden in Rostow am Don und in Wjasma.



JAK 28 im Luftfahrthistorischen Museums Finowfurt.

Als einen Höhepunkt ihres Vereinslebens im Jahr 2010 will die Freundschaftsgesellschaft Galina Andrejewna Kapustina, die Witwe von Boris Kapustin, nach Eberswalde einladen. Das Besuchsprogramm sieht neben Freundschaftstreffen mit Freunden der Freundschaftsgesellschaft und anderen Eberswalder Bürgerinnen und Bürgern und dem Wiederentdecken der Stadt Eberswalde, in der Galina Kapustina mehrere Jahre lebte, auch ein Treffen mit Schülerinnen und Schülern vor, um die Erinnerung an das historische Ereignis auch in der jungen Generation wachzuhalten. Zur weiteren Erforschung des Unglücks sollen spezielle Gespräche mit Galina Kapustina beitragen. Auch ein Besuch in Spandau, über dessen Territorium die havarierte JAK 28 abstürzte, ist geplant. Ein Empfang beim Eberswalder Bürgermeister, Ausflüge nach Berlin und Potsdam sowie ein Besuch des Eberswalder Tierparks ergänzen das geplante Besuchsprogramm. »Wir werden auch eine Begegnung auf dem neu gestalteten Garnisonsfriedhof in der Heegermühler Straße durchführen«, ergänzt der Eberswalder Kreisvorsitzende der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft Waldemar Hickel. Beim Abriß des sowjetischen Ehrenmals in Finow war die Marmorplatte zum Gedenken an die beiden Piloten geborgen worden. Bei der Neugestaltung des Garnisonsfriedhofs erhielt die Gedenkplatte einen würdigen neuen Platz. »Wir werden dort zum Gedenken Blumen niederlegen«, sagt Waldemar Hickel.

Der im Juni 2010 geplante Besuch von Galina Kapustina in Eberswalde soll zum Teil durch Förderung der Stiftung West-Östliche Begegnungen finanziert werden. Insbesondere die Fahrtkosten können so bezahlt werden. Um auch die übrigen Kosten decken zu können, sammelt die Freundschaftsgesellschaft derzeit fleißig Spendengelder ein.

Fehlende Kitaplätze in Eberswalde:

Problem erkannt, doch wenig geändert

Eberswalde (bbp). Derzeit kann in Eberswalde vierzig Anträgen von Eltern zur Unterbringung ihrer Kinder in Kindertagesstätten – trotz Rechtsanspruchs – nicht entsprochen werden. Denn in der Stadt fehlen die entsprechenden Betreuungskapazitäten. Erst zweieinhalb Jahre vorher war im Brandenburgischen Viertel die Kita »Spatzennest« trotz massiver Proteste betroffener Eltern geschlossen worden. Bedenken hinsichtlich künftiger Versorgungssicherheit wurden damals ebenso beiseite gewischt wie die alternativen Vorschläge zum Erhalt der Kita (BBP 4/2006). Wie Dezernent Lutz Landmann jetzt auf Anfrage der LINKEN informierte, sind 31 Kinder der Altersgruppe 0 bis 3 Jahre und drei Drei- bis Sechsjährige betroffen. Sechs Kinder warten auf einen Hortplatz. Über einen Mangel an Betreuungsplätzen hatte die Verwaltung erstmals im März informiert (BBP 4/2009). Als im April die Verwaltung zunächst einen städtischen Kita-Neubau aus Mitteln des Konjunkturpaketes II im Schnellverfahren durchbringen wollte, war es wiederum der Fraktion der LINKEN zu verdanken, daß die Stadtverordneten nicht in der aus der

Vor-Boginski-Ära bekannten Art und Weise zu einer übereilten Entscheidung gedrängt wurden (BBP 5/2009). Mittels förmlicher Anfrage forderte die Fraktion die Stadtverwaltung auf, endlich konkrete Zahlen über die Bedarfsentwicklung und die in der Stadt vorhandenen Kinderbetreuungsmöglichkeiten auf den Tisch zu legen. Der Antwort war zu entnehmen, daß der Fehlbedarf an Kitaplätzen nach den Prognosen der Stadtverwaltung bis zum Jahr 2014/15 auf 154 Plätze anwachsen werde.

Während eine Reaktivierung der Kita »Spatzennest« von der Verwaltung als unmöglich und vor allem nicht gewollt dargestellt wurde, sollte zunächst die ab 1. Juni erfolgte Kapazitätserweiterung der Kita »Arche Noah« im Brandenburgischen Viertel um 15 Plätze Abhilfe schaffen. Für Anfang Oktober war zudem die Eröffnung einer innenstadtnahen neuen Kita mit 48 Plätzen in Trägerschaft des Berufsbildungsvereins angekündigt. Außerdem sollten mit 400.000 Euro des Konjunkturpaketes die Kitas »Sputnik« und »Sonnenschein« (beide Stadtmitte) 33 sowie im »Kinderparadies Nordend« 10 bis 15 neue Plätze geschaffen werden.

Doch mit der neuen Kita des Berufsbildungsvereins wird es vorerst nichts. Am 9. September informierte Amtsleiterin Kerstin Ladewig die Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport, daß die Eröffnung auf den 1. Februar 2010 verschoben werde. Zudem dürfe die Kita »Sputnik« aus bauordnungsrechtlichen Gründen nicht ausgebaut werden. Mit den nicht verbrauchten Mitteln werden Preissteigerungen bei den anderen Konjunkturpaket-Maßnahmen ausgeglichen, erklärte die Amtsleiterin auf Nachfrage der CDU-Stadtverordneten Monique Schostan. Wann die Baumaßnahmen in den Kitas »Sonnenschein« und »Kinderparadies« versorgungswirksam werden, wurde nicht thematisiert.

Einst hatten sich Stadtverordnete und Stadtverwaltung auf die Regel geeinigt, eine Reserve von bis zu 100 freien Kitaplätzen vorzuhalten, um auf Bedarfsschwankungen vorbereitet zu sein und Rechtsansprüchen auf Kitaplätzen in jedem Falle gerecht werden zu können. Davon ist die Stadt derzeit, nicht zuletzt wegen der »Spatzennest«-Fehlentscheidung vor drei Jahren, ein gutes Stück entfernt.

Ortsumgebung Ahrensfelde

Am 11.9. fand in Berlin-Marzahn eine FDP-Veranstaltung zur Ortsumgebung von Ahrensfelde statt. Sowohl die FDP Berlin, vertreten durch den Berliner Abgeordneten Czaja, als auch die FDP Barnim, vertreten durch den Kreistagesabgeordneten Dr. Loos, haben sich gegen die kürzlich vom Bund beschlossene Variante 2, der so genannten Troglösung, ausgesprochen. »Lieber keine Umgehungsstraße als die Variante 2«, stellte Dr. Loos fest und rief die zahlreichen anwesenden Bürger auf, mit allen rechtlichen Mitteln im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens gegen diese beschlossene Variante, die Ortsteile vom Ahrensfelde durchtrennt, vorzugehen. Diese Feststellung fand große Zustimmung bei den anwesenden Bürgern. Dr. Loos machte ebenfalls deutlich, daß er den Bau der Variante 1 über die Wuhletalstraße einer zweistreifigen Ausbaustufe für wenig zukunftsträchtig hält und einen vierstreifigen Ausbau bevorzugt. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß sich die am 27. September neue gewählte Brandenburger Landesregierung für eine Revision dieser Entscheidung einsetzt und eine Lösung im Interesse der Bürger von Ahrensfelde und Berlin Marzahn findet. *SERGEJ MATIS*

»Erinnern Sie sich?«

Sie haben die Debatte um die Einrichtung eines Vierten Zuges für die Klassenstufe 7 an der Johann-Wolfgang-von-Goethe-Schule mitverfolgt. Eltern der Kinder, die bis zur 6. Klasse die Bruno-H. Bürgel-Schule besuchten, hatten den berechtigten Wunsch, daß ihre Kinder in Mitte die Oberschule besuchen können und nicht nach Westend müssen. Dieser Wunsch wurde Ihnen versagt, obwohl es immer heißt, daß der Elternwunsch entscheidend ist.

Der Elternwunsch kam darin zum Ausdruck, daß nur 24 Eltern für ihr Kind die Karl-Sellheim-Schule in Westend angewählt haben. Trotzdem müssen 80 Kinder nun die Sellheim-Schule besuchen – ich wiederhole 80 Kinder!! Also 56 Kinder entgegen dem Elternwunsch.

Erinnern Sie sich noch daran, daß die Albert-Einstein-Schule geschlossen wurde, weil ihr zur Mindestzahl von 40 Erstanmeldungen nur 6 Schüler fehlten? Die Schule wurde geschlossen und abgerissen.

Nun werden Sie sagen, daß hat das Schulamt entschieden. Das Schulamt konnte das aber nur entscheiden, weil die Stadt die weiterführenden Schulen an den Landkreis abgegeben hat! Sie haben es aus der Hand gegeben, eine Schulpolitik im Sinne der Eltern in der Stadt Eberswalde zu gestalten. Und das nur aus finanziellen Gründen. Nun werden Millionen Euro in die Goethe- und Sellheimschule gepumpt, obwohl dies nicht den Elternwünschen entspricht.

Haben Sie, die Sie hier für die Parteien in der Stadtverordnetenversammlung sitzen, schon begriffen, daß die Abgabe der weiterführenden Schulen an den Landkreis ein Fehler war?

Haben Sie schon erkannt, daß die Schließung der Oberschulen in den Ortsteilen eine ausgewogene Entwicklung in der Stadt behindert?

UTE FREY, Einwohnerfrage zur StVV am 24.9.

DGB-Schwarzbuch Billiglohn als Download

Berlin (dgb/bbp). Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), Bezirk Berlin-Brandenburg hat kürzlich sein »Schwarzbuch Billiglohn« der Öffentlichkeit vorgestellt. In Brandenburg leben vierzehn Prozent der Menschen am Rande der Armut, darunter viele, die einer Arbeit im Niedriglohnbereich nachgehen. Als »moderne Sklavenarbeit« werten viele dieser Beschäftigten ihre Arbeit.

Dazu hat der DGB Bezirk Berlin-Brandenburg jetzt ein Schwarzbuch Billiglohn herausgegeben, mit dem der Finger in die Wunde gelegt werden soll. In der Regel müssen die Beschäftigten sich in den Niedriglohnbranchen mit Stundenlöhnen von 3 bis 7 Euro begnügen.

Das Schwarzbuch wird auf der Internetseite www.berlin-brandenburg.dgb.de/ zum Download angeboten.

**Beratung für
Kriegsdienstverweigerer**

mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Max Reimann und die Gospelchöre

Eberswalde (cz/bbp). »Guten Morgen Brandenburgisches Viertel« hieß es am 5. September, als 250 Stimmen der TeilnehmerInnen des 13. Berlin-Brandenburgischen Gospelchortreffen in der Sporthalle »Am Heidewald« erschallten. Sie schickten einen symbolischen Weckruf in den Kiez, der sicherlich auch das Bronze-Konterfei Max Reimanns am Eingang des Viertels in der Frankfurter Allee erreichte. Der einst nach Max Reimann benannte Eberswalder Ortsteil war im Auftrage der Eberswalder Stadtkirchengemeinde, der Evangelischen Kirchengemeinde Finow und mit Unterstützung der Stadtverwaltung vom 4. bis 6. September würdiger Gastgeber für diesen traditionellen Event. Gegenüber den kirchlichen Veranstaltern hätte Max Reimann möglicherweise einige Vorbehalte geltend gemacht, von der Musik und dem mitreißenden Gesang der Branden-



burger Gospelchöre jedoch hätte sich sicher auch der alte Kommunist begeistern lassen.

Die überwiegend ehrenamtlichen Teams der Kita Arche Noah und des Dietrich-Bonhoefer-Hauses sorgten für eine ausgezeichnete Betreuung und gastronomische Versorgung fast rund um die Uhr.

Und das Publikum sang mit

Wenn man den Namen Gaby Rückert hört, so erinnert man sich an Lieder wie »Berührung« oder auch »Hochzeitmachen ist wunderschön«. Am 6. September konnte man sie bei »Offene Worte mit Dagmar Enkelmann« erleben. Von Enkelmann befragt, erzählte sie in ganz ungezwungener Form, warum sie Medizin studieren sollte – »Es ist immer gut, einen Arzt im Hause zu haben.« fand ihre Mutter. Aber Tochter Gaby, die von frühester Kindheit sich »immer verwandeln wollte« entschied sich, Musik zu machen. Beim dritten Anlauf erwarb sie den Berufsausweis der Musikhochschule und konnte nun, zunächst mit verschiedensten Bands, ab 1978 dann mit der eigenen, JO JO, ihre Lieder singen. Dort lernte sie ihren Kollegen und Lebenspartner Ingo Koster kennen, dessen großer

Hit »Mokka Milch Eisbar«, bereits 1967 bei Thomas Natschinski & Band gesungen, nicht mehr aus dem Repertoire wegzudenken ist. Für die Anwesenden ein schöner Grund, einfach mitzusingen – und nicht nur dieses Mal. Überhaupt: Rückert und Koster sangen mehrere ihrer Hits, mit der gleichen Hingabe wie früher, ohne Berührungssängste und voller Freude darüber, daß das Publikum sich nun wieder auf anspruchsvollere Texte besinnt und auch verlangt. Mit der Wende, als Otto-Normalverbraucher erst einmal was anderes hören wollte, gingen sowohl Gaby Rückert als auch Ingo Koster in ihre erlernten Berufe – Krankenschwester und Schneider zurück. Und es dauerte auch eine ganze Weile, bis sie sich wieder auf Musik besinnen konnten, als beim Publikum, besonders dem aus dem Osten, so allmählich wieder der Wunsch nach inhaltvoller Musik stark wurde. Und die haben Rückert und Koster allemal zu bieten, und wenn es sich auch nur um ein Kleid, daß vor dreißig Jahren zu einem bestimmten Anlaß getragen wurde handelt. Es gab viel Gesang unplugged und noch mehr Applaus – ein wirklich schöner Sonntagvormittag.

BÄRBEL MIERAU



Einladung zum »Tag der offenen Tür«

Im Rahmen der Woche der Begegnungen im Landkreis Barnim möchten wir Sie zum »Tag der offenen Tür« in unseren Vereinsräumen des Kontakt Eberswalde e. V. in der ehem. Kita »Spatzennest«, Havellandstraße 15, herzlich einladen. Am Freitag, dem 9. Oktober, öffnen wir von 10 bis 18 Uhr unsere Vereinsräume für die interessierte Öffentlichkeit und laden unsere Landsleute, andere Zugewanderte und die einheimische Bevölkerung zu uns ein.

Wir werden unsere Bücherei für Vorleseprojekte, Bildungsveranstaltungen und mehrere

Angebote für Jung und Alt vorstellen und alle Besucherinnen und Besucher zum Mitmachen einladen.

Unsere Nachbarn im Vereinshaus – Braun-Weise Piraten e.V., Kleiderkammer, Karate-Verein werden auch ihre Türen für die Gäste offen halten und mit einigen Angeboten überraschen. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir uns über die gelungene Arbeit freuen und uns bei allen Helferinnen und Helfern bedanken. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

IRINA HOLZMANN, Kontakt Eberswalde e.V.

Chorinfest

Was hat Musik und Glaube eigentlich mit Politik zu tun? Und passen politische Erinnerungen in ein Zisterzienserkloster?

Das Evangelische Chorinfest verband am 6. September unter dem Thema »Free at last – endlich frei« alte Mauern mit neuer Musik und neuer Geschichte und gibt so eine gute Antwort auf diese Frage. So erhielt das traditionelle Chorinfest ein neues Gesicht gleichermaßen spannend für alle Generationen, für Groß und Klein. Die Gospelchöre von Berlin und Brandenburg trafen sich am ersten Septemberwochenende zum Proben in Eberswalde und waren auf dem Chorinfest mit dabei. Ein Gospelgottesdienst und ein großes Gospelkonzert, die an den Mauerfall und den Protest von Martin Luther King erinnerten, bildeten den Rahmen. Eine große Welle rhythmischer geistlicher Musik, die längst nicht mehr nur aus Amerika kommt, wurde von ca. 300 Sängerinnen und Sängern in die alten Klostermauern getragen. Aber auch ein breites weiteres Festprogramm begeisterte am 6. September die Anwesenden in der Klosterruine Chorin. So erklang auch die Kinderchorkantate »Till Eulenspiegel« und viele Stände luden zum Bummeln, Spielen und Basteln ein. Auch für das leibliche Wohl war gesorgt und wer es etwas beschaulich mochte, konnte sich nach dem Gottesdienst auf einen geführten Pilgerweg durch die herrliche Umgebung des Klosters begeben.

HANNS-PETER GIIERING

NaturFreunde-Wanderungen

4. Oktober 2009, Sonntag, Tannensteig und NSG Biesdorfer Kehlen: Geführt wird die Tour vom Oberforstmeister i.R. Paul Hauenschild, welcher für eine interessante Tour steht. Leitete er doch über 33 Jahre die Oberförsterei Steinbeck und später noch die Leheroberförsterei Bad Freienwalde. Die Wanderung führt zuerst entlang dem Lehrpfad Tannensteig und geht dann in das Naturschutzgebiet Biesdorfer Kehlen. Unterwegs wird viel Interessantes zur Forstwirtschaft zu hören sein. Ca. 2 Std./6 km. *Treff: 13:30 Uhr Wanderparkplatz am Stadtsee (B 167), 16269 Wriezen (Beschilderung Waldbad) Gebühr: Erwachsene 2,00 Euro, Kinder 1 Euro, NaturFreunde 0,50 Euro*

11. Oktober 2009, Sonntag, Der Dachsweg bei Liepe (Rundwanderung 5,5 km): Rundwanderung in Liepe zum Krugsee, der zur Hälfte umlaufen wird. Hier sehen wir unterwegs einen großen Kirschbaum mitten im Wald. Weiter geht es zum Rundwanderweg in Richtung Chorin. Wieder in Liepe angekommen wandern wir auf dem Dachsweg, vorbei an Gnomen, zurück zum Ausgangspunkt. ca. 2 Std./3 km/h. *Treff: 13.30 Uhr Kirche/ Rondell, 16248 Liepe (bei Eberswalde); Anmeldung erforderlich: 03344-333200 oder 03344-425000 bis 10 Uhr am 11.10.2009! Wanderleiter ist Hans-Jürgen Müller. Organisationsgebühr: Erwachsene 2,00 Euro, Kinder 1 Euro, NaturFreunde 0,50 Euro*

Ausstellung ehrt Kriegsdienstverweigerer

Sie verweigerten sich. Kriegsdienstverweigerer, Überläufer, »Wehrkraftzersetzer«, »Kriegsverräter« im Zweiten Weltkrieg. Zur Eröffnung der Ausstellung in der Dudenstraße 10 in Berlin (Platz der Luftbrücke) am 27. August ergriff Ludwig Baumann von der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V. das Wort.

Die Ausstellung in der MedienGalerie im Haus der Buchdrucker fühlt sich dem Vermächtnis aller, die sich dem Krieg verweigerten, verpflichtet. Eine Autorengruppe mit Hans Canjé, Lothar Eberhardt und Gerhard Fischer sowie Gestalter Siegfried Lachmann sehen die Schau als gewerkschaftlichen Beitrag, geschichtliche Zusammenhänge zu verdeutlichen und Einzelschicksale zu dokumentieren. Sie soll zum Nachdenken über Friedensarbeit heute anregen. Die Schau läuft noch bis zum 9. Oktober und wird von Diskussionsrunden



Gedenkstätte vor dem Fort Zinna in Torgau. Hier war u.a. Ludwig Baumann eingekerkert, weil er sich dem faschistischen Krieg verweigerte.

und Filmveranstaltungen begleitet. Das detaillierte Programm unter: www.mediengalerie.org

Endlich, 70 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges, hat der Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages den Weg frei gemacht für eine überfällige Parlamentsentscheidung: Mit dem zweiten Änderungsgesetz zum Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile werden auch so genannte »Kriegsverräter« rehabilitiert. Damit erfährt die letzte Gruppe von deutschen Kriegsverweigerern späte Genugtuung. Am 25. August 1998 hatte der Bundestag die Urteile wegen Kriegsdienstverweigerung und Wehrkraftzersetzung aufgehoben, erst am 23. Juli 2002 die wegen »Feigheit«, »unerlaubter Entfernung« und Desertion. Der Zweite Weltkrieg, am 1. September 1939 entfesselt, war ein völkerrechtswidriger »Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen«. Seit seinem Ende mußten 52 Jahre vergehen, bis der Deutsche Bundestag im Mai 1997 mehrheitlich zu dieser Erkenntnis kam.

Der gleichen Einsicht folgten allerdings schon zwischen 1939 und 1945 eine Reihe von Wehrpflichtigen und Angehörigen der Nazi-Wehrmacht, die sich dem mörderischen Waffendienst entzogen. Gegen sie verhängte die NS-Militärjustiz über 30 000 Todesurteile, mehr als 20 000 wurden vollstreckt, und Zehntausende von Freiheitsstrafen.

ANDREAS KÖHN, stellv. Landesbezirksleiter
ver.di Berlin-Brandenburg, FB Medien

Medieninformation vom 25.9.09

Der Baudezernent der Stadt Eberswalde, Herr Dr. Gunther Prüger, wurde durch Bürgermeister Friedhelm Boginski vorläufig beurlaubt. Diese Beurlaubung dient der Aufklärung von Vorgängen, welche Anlaß zu internen Untersuchungen gaben.

Die Stadtverordnetenversammlung wurde über die Beurlaubung informiert.

Pressestelle der Stadt Eberswalde

Nach Redaktionsschluß:

Am Montag, den 5. Oktober, findet um 18 Uhr im Saal des Tourismuszentrums im Familiengarten eine Sondersitzung der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung statt. Einziger Tagesordnungspunkt ist die Personalie Dr. Gunther Prüger.

Mühlenversteigerung

Eberswalde (mühle). Noch bis zum 11. Oktober ist in der Zainhammer Mühle die Ausstellung von Heidrun Kröger und Angelika Swodenk zu sehen. Heidrun Kröger ist mit Textilcollagen und Dot Painting vertreten. Angelika Swodenk zeigt Zierkeramik aus hellem Ton wie Windlichter, Gartenkugeln, Keramikplatten für Tische, Schalen und Dosen.

Zum Abschluß der Sommersaison in der Mühle wird am 11.10.2009 die alljährliche Versteigerung von Kunstwerken der Vereinsmitglieder zugunsten des Erhalts des Mühlengebäudes stattfinden. Die Zainhammer Mühle ist sonnabends und sonntags von 14.30 bis 18 Uhr (sowie nach Vereinbarung unter 03334/65527) geöffnet.

<http://www.bar-blog.de/barnimer-buergerpost/>

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telex: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Giering, Markmann (5), F. Müller, Staude, Triller

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktionsschluß: 26. September 2009

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 24.10.2009, 12 Uhr.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer _____ Bank _____ Bankleitzahl _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): _____

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)